

Unter dem
tschen Busch

46 6

Vor dem Rohrbusche

Die Tränk
Wiesen

Im Schmiede Kamp.

Hinter Kolbigs Garten

Im Kolj-Felde

Der Kolj-Anger.

Kolj-Wiese

Der Heg

Unter dem
Windmühlen
Berge

Der Mühlenberg.

Unter dem Windmühlen
Berge.

Der Mittelberg

Der Droniberg.

Auf der Horst

In den

150 Jahre Flurneuordnung und Dorfgestaltung Braunschweigischen

UB Braunschweig 84

2859-467-9



Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.

N^o 2.

Braunschweig, den 6. Januar 1835.

(2.) Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Landes-Deconomiecommission, so wie das Verfahren in Separations- und Ablösungssachen betreffend.

D. D. Braunschweig, den 20. Decbr. 1834.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Nachdem in der Ablösungsordnung und der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom heutigen Dato im Allgemeinen bestimmt ist, daß die Leitung der Ablösungen und Auseinandersetzungen zum Ressort Unserer Herzogl. Landes-Deconomiecommission gehören solle, erlassen Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, nachstehendes Gesetz über die Organisation und den Wirkungskreis dieser Behörde und das Verfahren in Separations- und Ablösungssachen.

Erster Theil.

Organisation und Geschäftskreis der Separationsbehörden.

I. Herzogl. Landes-Deconomiecommission.

§. 1.

Personal derselben.

Die Herzogl. Landes-Deconomiecommission soll aus einem Director, mindestens zwei ordentlichen und einigen

150 Jahre Flurneuordnung und Dorfgestaltung im Braunschweigischen

Katalog zur Ausstellung anlässlich des 150jährigen Bestehens des Amtes für Agrarstruktur
und seiner Vorgänger

Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz
Braunschweig 1984

Die Drucklegung wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds, Stiftung des Öffentlichen Rechts



Ausstellung im Braunschweigischen Landesmuseum, Mönchstraße 1, 3300 Braunschweig

7. Dezember 1984 bis 29. Januar 1985

Katalogbearbeitung: Harald Schraepler (Abschnitte IV, V, VII, VIII, X)

Dr. Mechthild Wiswe (Abschnitte I-III, VI, IX)

Fotoreproduktionen: I. Veit

© Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz

Alle Rechte vorbehalten

1. Umschlagseite: Ausschnitt aus Kat.-Nr. 23a

Grußwort

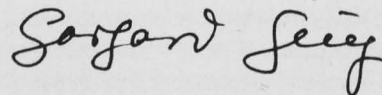
Die Landschaft, in der wir leben, wird seit Jahrhunderten durch die Land- und Forstwirtschaft geprägt, gepflegt und entwickelt.

Um gleichberechtigter Teil der gesamten Volkswirtschaft zu bleiben, bedurften die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zur Anpassung an sich ständig verändernde allgemeinwirtschaftliche Rahmenbedingungen neben Eigeninitiative stets auch staatlicher Förderung, die in besonders qualifizierter Weise von der Agrarstrukturverwaltung wahrgenommen wurde und wird.

Standen zunächst Vermessung, Ablösung herrschaftlicher Servituten und Berechtigungen, Kultivierung des Bodens und Ansiedlung neuer Betriebe im Vordergrund, überwog später die Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen und Sicherstellung der Ernährung durch produktionssteigernde Strukturmaßnahmen.

Die heutigen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur sind gekennzeichnet durch eine intensive Berücksichtigung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Dorferneuerung.

Die Leistungen der Vergangenheit mögen Anregung und Ansporn sein für die weitere Arbeit zum Nutzen der Bevölkerung auf dem Lande und für die Erhaltung unserer schönen, vielfältigen niedersächsischen Heimat.



Gerhard Glup
Niedersächsischer Minister für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Zum Geleit

Am 20. 12. 1834 hat der Herzog Wilhelm von Braunschweig zum einen die neue Gemeinheitsteilungs- und Ablösungsordnung und zum anderen das Gesetz die Organisation und den Geschäftskreis der Herzoglichen Landesökonomiekommission so wie das Verfahren in Separations- und Ablösungs-Sachen betreffend erlassen.

Mit den Agrargesetzen ist eine der bedeutendsten Reformen im Herzogtum Braunschweig in die Wege geleitet worden, die zur Förderung der Landeskultur, des allgemeinen Wohlstandes aber auch zur Gestaltung unserer Dörfer beigetragen hat.

Zugleich ist dadurch das Bauerntum mehr als in anderen deutschen Territorien gestärkt worden. Nur durch die segenreiche Tätigkeit der Herzoglichen Landesökonomiekommission war es möglich, diese Ziele zu erreichen.

Nunmehr kann das Amt für Agrarstruktur Braunschweig als Nachfolgebehörde in diesem Jahr auf die 150jährige Wiederkehr der Verkündung des Organisationsgesetzes zurückblicken.

Der Braunschweigische Landesverein für Heimatschutz hat aus diesem Grunde gern die Trägerschaft für den Katalog zur Ausstellung „150 Jahre Flurneuordnung und Dorfgestaltung im Braunschweigischen“ übernommen.

Er fühlt sich seit seiner Gründung, der Erhaltung der historischen Bausubstanz und der natürlichen und geschichtlichen Eigenarten des Braunschweiger Landes verbunden. Insoweit sind diese Anliegen in weiten Bereichen mit den heutigen Aufgaben des Amtes für Agrarstruktur Braunschweig übereinstimmend.

Der Braunschweigische Landesverein für Heimatschutz wünscht der Ausstellung und der Arbeit des Amtes für Agrarstruktur zum Wohl der Braunschweiger Heimat weiterhin viel Erfolg.

M. Jümm

Prof. Dr. Josef Daum

1. Vorsitzender des Braunschweigischen Landesvereins für Heimatschutz

I. Bauer und Herrschaft

Der Bauer besaß hierzulande im Vergleich zu vielen anderen deutschen Territorien früh eine verhältnismäßig starke, rechtlich gut abgesicherte Stellung und relativ große Freizügigkeit. Als Markstein in dieser Entwicklung gilt das Jahr 1433, in dem urkundlich die leibherrlichen Abgaben auf das ursprüngliche niedrige Maß zurückgesetzt und willkürliche Erhöhungen ausgeschlossen wurden (Kat.-Nr. 1). Damit erhielt der Bauer einen in der Folgezeit noch vermehrten wirksamen Schutz. Keineswegs aber wurden die Bauern durch die Urkunde von 1433 überhaupt von der Eigenhörigkeit frei, wie man die Urkunde mißverstanden hat. Die Vorstellung davon trat vielmehr allmählich zurück, da die Abgaben in erster Linie bezogen waren auf den Besitz.

In den folgenden Jahrhunderten verstärkte sich die den Bauern begünstigende Entwicklung unter dem Einfluß der Landesherrschaft. Diese förderte die Bauern zweifellos nicht zuletzt ausnehmend, um dadurch die regelmäßigen Dienste und Abgabenleistungen zu sichern. Die gute Situation der Bauern ist Ursache dafür, daß der Bauernkrieg von 1525 nicht auf das Braunschweigische übergreifen konnte. Seit dem Mittelalter waren über das Eigentum an Grund und Boden nur die Guts- oder Grundherren, deren Anzahl verhältnismäßig gering war, Verfügungsberechtigt. Das waren – abgesehen von ganz wenigen anderen – der Landesfürst, der Adel, kirchliche Einrichtungen und Patrizier der großen Städte, etwa aus Braunschweig und Goslar. Nur der Landesherr ließ einen beachtlichen Teil seines Grundbesitzes in Eigenwirtschaften nutzen, die als Amtshaushalte bekannt sind und späterhin als Domänen. Die übrigen Grundherren aber ließen ihren Besitz, der im Gemenge verstreut lag, überwiegend von abhängigen Bauern gegen Entrichtung eines Zinses bewirtschaften. Selten handelt es sich da um Lehengut, häufiger um Erbenzinsgut, am häufigsten aber um Meiergut. Der Lehensmann besaß ein freies Verfügungs- und ein erbliches Nutzungsrecht an seinem Gut, d. h. er konnte dieses verkaufen oder verpfänden. Der Nutzer hatte keinen regelmäßigen Zins zu zahlen, sondern nur bei der Neubelehnung, die im Todesfall sowohl des Lehensherren wie des Lehensmannes erforderlich war, eine Gebühr

zu entrichten. Die Übertragung war nur in männlicher Linie möglich.

Das Erbenzinsgut hatte einen dem Lehengut ähnlichen Rechtsstatus. Der Grundherr besaß daran das Obereigentum, der Inhaber gegen einen relativ geringen Zins das erbliche Nutzungsrecht. Das Erbenzinsgut war mit Zustimmung des Grundherren, die dieser aber ohne triftige Gründe nicht verweigern durfte, veräußerlich. Naturalteilung war sowohl beim Lehen- wie beim Erbenzinsgut möglich, wurde aber, um der Zersplitterung entgegenzuwirken, im Laufe der Zeit immer stärker verhindert. In diesen Fällen wurden die Miterben vom Nutzer durch einen Geldzins abgefunden.

Das Meierrecht hat sich allmählich zu der Form entwickelt, wie sie im 16. Jh. im wesentlichen festgeschrieben wurde. Dabei wurde aus einer Art Zeit- eine Art Erbpacht, die zunächst alle sechs, später alle neun Jahre gegen Entrichtung einer Gebühr erneuert werden mußte. Darüber war jeweils ein „Meierbrief“ auszustellen. Freilich wurde diese Vorschrift oft nicht eingehalten. Jährlich hatte der Meier, in dessen Eigentum in der Regel die Hofgebäude standen – zumeist in Naturalien – einen Zins zu entrichten, der seit dem 16. Jh. nicht mehr gesteigert wurde, aber von Fall zu Fall sehr unterschiedlich war. Bei Mißernten mußte dessen Höhe vom Grundherren reduziert werden, der übrigens nur in Ausnahmefällen den Bauern „abmeiern“ durfte. Neben den grundherrlichen Abgaben lasteten auf den Bauernhöfen zahlreiche andere Abgaben unterschiedlicher Entstehung und Art. Im Laufe der Zeit verlagerte sich da das Schwergewicht von Naturalleistungen auf Geldzahlungen. Angeführt seien hier der ursprünglich zur Unterhaltung der Kirche eingezogene Zehnt, die Kontribution, eine im 17. Jh. eingeführte Kriegssteuer sowie Dienstleistungen, die von Acker- und Halbspännerhöfen grundsätzlich mit dem Gespann zweimal wöchentlich, von Kothöfen aber einmal wöchentlich nur mit der Hand zu leisten waren. Dazu kamen besondere Einzeldienstleistungen, etwa Botengänge, Fuhr- und Jagdhilfe.

Alle diese Leistungen wurden durch die Ablösungen des vorigen Jahrhunderts durch einmalige Geldzahlungen, die genau gesetzlich festgelegt waren, abgegolten (vgl. S.).

1

Herzog Heinrich der Friedfertige (1411–1473) errichtet mit den Landständen einen Vertrag darüber, daß die Abgaben der Hörigen bei der Heirat („Bedemund“) und im Sterbefall (als „Besthaupt“ nur noch das zweitbeste Stück Vieh) auf ihr altes, niedriges Maß herabgesetzt und nicht willkürlich erhöht werden dürfen, während die Abgaben bei der Hofübergabe ganz abgeschafft werden. Die freien Leute im Lande bleiben frei, die ins Land ziehenden Fremden erhalten die Rechte freier Landsassen nach kaiserlichem Landrecht.

1433, Mai 15.

Pergamenturkunde mit Siegel des Herzogs und 9 Siegeln von Vertretern der Landstände
H 22,8 cm B 43 cm
NdsStWf: 132 Urk 2

2

Verbesserung der Stellung des Bauern durch den Landtagsabschied von Salzdahlum vom 3. Juni 1597. Wichtigste Punkte sind, daß das Meierrecht im für die Bauern günstigen Sinne endgültig gesetzlich geregelt und die Unteilbarkeit der Bauernhöfe festgelegt wird.

Druck in der Verordnungssammlung Herzog August des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel. 4°
Wolfenbüttel 1663.
LMB: LB 9467

3

Erbregister des Residenzamtes Wolfenbüttel, aufgestellt 1566, mit Fortschreibung der Namen der Hofbesitzer bis etwa 1720. Geordnet nach Dörfern sind deren Abgaben und Gerechtsamen verzeichnet, die Ausstattung von Kirche, Pfarre und Schule sowie die Höfe mit ihren Inhabern, ihrer Ausstattung, ihren Grundherren und Abgaben.

Gebundene Handschrift 2°
NdsStWf: 19 Alt 224

8

4

Erbregister des Amtes Liebenburg, aufgestellt 1548, als dieses Gebiet mit dem Großen Stift Hildesheim zum Fürstentum Wolfenbüttel gehörte.

Angaben wie im Erbregister des Residenzamtes Wolfenbüttel (vgl. Kat.-Nr. 3), jedoch fehlen Angaben über die Abgaben der Höfe an die Grundherren.

Druck in: Geschichtl. Aufzeichnungen aus der engeren Heimat. H. 1. Salzgit-
ter 1883, S. 131–223.

5

Herzog Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel erneuert einen Landtagsabschied von 1619, durch den festgelegt ist, daß die Meier Ehestiftungen, in denen die Mitgift verzeichnet wurde, nur mit Zustimmung des Grundherren errichten durften. Das sollte vor allem verhindern, daß die Wirtschaftskraft der Höfe durch zu große Mitgiften für ausheiratende Kinder geschwächt wurde und dadurch Schwierigkeiten bei der Zahlung der Meierzinsen entstanden.

Verordnung vom 26. 4. 1770.
Druck 4°
LMB: VM 9398/8

6

Ermäßigung bzw. Erlaß von Meierzinsen durch die Guts-
herren bei Mißernten. Verordnung Herzog Karls I. von
Braunschweig-Wolfenbüttel vom 7. 8. 1775.

Druck 4°
LMB: VM 9398/36

7

Das Domstift St. Blasius in Braunschweig überläßt Heinrich Saustmann in (Braunschweig-)Ölper gegen einen jährlichen Erbenzins von 1 Mariengroschen und 4 Pfennigen den dortigen Hof ass. 39, nachdem dieser den Hof von einem Andreas Einwald für 500 Taler erworben hatte. Braunschweig, 1782, Februar 14.

Ausgefülltes Formular mit Unterschrift des Stiftdedans und Stifssiegel
Doppelbl. 2°
LMB: LMB 11057e

8

Friedrich Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, belehnt nach dem Tode seines Vaters, des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, den Tischlermeister Anton Christian Napp als Ältesten und Lehensträger auch für seine namentlich genannten Verwandten mit näher bezeichnetem Grundbesitz in Lengede, Klein Denkte, Lehre, Wendhausen, Groß Denkte, Kneitlingen, Voigtsdahlum, Groß Stöckheim, Üfingen.

Wolfenbüttel, 1814 Dezember 16.
Pergamentausfertigung mit anhängendem Wachssiegel in Holzkapsel
H 25 cm B 45 cm
LMB: LMB 23357

9

Das Kapitel des Domstiftes St. Blasius in Braunschweig be-
meiert Johann Heinrich Friedrichs in Sonnenberg erneut
mit einem Ackerhof in Sonnenberg (ass. 10) mit 5 Hufen
Land und allem Zubehör.

Braunschweig, 1808, April 5.
Nach dem anliegenden Besitzverzeichnis von 1765 gehörten damals zu
dem Hof 103 Morgen 75 Ruten Ackerland. Zu entrichten waren als jährlicher
Meierzins davon 40 Himten Roggen und 30 Himten Gerste.

Ausgefülltes Formular mit Unterschrift des Stiftdedans und Stifssiegel 8°
LMB: LMB 24711,2

10

Quittungsbuch über vom Ackerhof Sonnenberg ass. 10 an
das Blasiusstift in Braunschweig entrichtete Meierzinsen.
Eintragungen aus der Zeit von 1705 bis 1840, als diese Be-
lastung abgelöst wurde (vgl. Kat.-Nr. 11).

Schweinslederband mit handschriftlichen Eintragungen 8°
LMB: LMB 24713

11

Ablösungsrezeß über das Meierverhältnis des Ackerhofes
Sonnenberg ass. 10 zum Blasiusstift in Braunschweig, aus-
gefertigt Vechele, 27. August 1840. Die jährliche Leistung
von 40 Himten Roggen und 30 Himten Gerste sowie die alle
9 Jahre für die Lösung des Meierbriefes zu zahlende Ge-
bühr von 5 Talern wurde durch die Zahlung von 1001
Reichstalern, 11 Gute Groschen abgelöst.

Ausgefüllter Vordruck mit Siegeln der Landes-Ökonomie-Kommission und
des Amts Vechele
Doppelbl. 4°
LMB: LMB 24712

II. Die ländliche Sozialstruktur

In mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen liegen nur Einzelangaben über ländliche Besitzverhältnisse vor, die ganz überwiegend auf die Grundherren bezogen sind. Die früheste dorfweise Dokumentation der Bauernhöfe mit ihrem Besitz und ihren Belastungen finden wir in den Erbregistern (Kat.-Nr. 3, 4), die in den Amtsbezirken des Fürstentums Wolfenbüttel im 16. Jh. angefertigt und zum Teil bis in das 18. Jh. fortgeschrieben worden sind. In ihnen sind in der Regel auch die Gemeindeabgaben sowie die Pfarre und Schule erfaßt, sowie die in Eigenwirtschaft genutzten landesherrlichen Güter, nicht aber die Ritter- und Klostergüter. In den Erbregistern werden die Bauernhöfe – wie auch in der Folge – durchgehend nach ihrer Größe klassifiziert in Acker-, Halbspänner-, Groß- und Kleinkothöfe, der zugehörige Besitz aber überwiegend in Hufen. Hierzulande umfaßte die Hufe grundsätzlich entweder 30 Morgen oder 24 Morgen Ackerland. Mitunter wurde diese Größe geringfügig über- oder unterschritten: Kleine Ackerflächen waren nachträglich urbar gemacht oder aber unbewirtschaftet gelassen worden. Von der Hufenzahl abhängig waren die Berechtigungen an der Allmende, am Gemeinschaftsbesitz des Dorfes, so die Anzahl des Viehs, das gehalten werden durfte, und die Holzzuteilung aus den Gemeindewäldern. Alter und Ursprung der Höfeklassen und ihre Charakteristika haben die Forschung langhin beschäftigt. Nach der herrschenden Meinung gelten die Ackerhöfe, deren Größe zumeist 5 bis 6 Hufen betrug, als die ältesten Siedlungsstellen. Hofstellen und Hufe bildeten in der Regel eine vom gleichen Grundherren abhängige Einheit. Die Ackerhöfe stehen in der Nachfolge der mittelalterlichen Bau- bzw. Meierhöfe. In benachbarten Regionen werden sie als Vollmeierhöfe bezeichnet.

Die Kothöfe, deren Landbesitz in der Kategorie der Großkötter überwiegend 1 Hufe betrug, in der Kategorie der Kleinkötter aber in der Regel weit weniger als 1 Hufe, sind offenbar zum Teil ebenfalls alten Ursprungs, zum Teil aber einer mittelalterlichen Ausbauphase zuzurechnen. Hofstelle und Landbesitz können von verschiedenen Grundherren stammen.

Die Großkötter fanden in der Regel ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft, die Kleinkötter dagegen waren bei ihrer oft nur wenige Morgen umfassenden Ackerfläche auf Zuerwerb angewiesen. Zum geringen Teil waren sie Handwerker, zum größeren Teil aber Landarbeiter.

Die Halbspännerhöfe nehmen nach ihrer Größe von zumeist drei oder vier Hufen eine Zwischenstellung ein. Sie sind teils durch Teilung von Ackerhöfen, teils durch Vergrößerung von Kothöfen entstanden. Die Hofinhaber sowie die Pfarre, die in der Regel einem Ackerhof gleichgesetzt wurde, und die Opferei und Schule, die einem Kothof entsprach, bildeten die Klasse der Reihe- oder Riegewohner. Sie hatten – abgesehen von ihrem Ackerland bis zu den Gemeinheitsteilungen und Separationen im vorigen Jahrhundert – genau festgelegte Anrechte am Gemeinschaftsbesitz des Dorfes, nämlich an Wiesen für die Heunutzung, an Viehweiden und Waldungen. Sie unterhielten aber auch gemeinsame Einrichtungen, so Pfarre und Schule durch Arbeitsleistungen für deren Landwirtschaft, aber auch die Gemeindegärten. Hierzulande herrschte das Anerbenrecht. Durch den Landtagsabschied von Salzdahlum (Kat.-Nr. 2) wurde die Unteilbarkeit der Höfe gesetzlich festgelegt. Auch wurde die dauernde Zusammenlegung von Höfen untersagt. Wo eine solche infolge Erbgangs vorgenommen war, sollten die Höfe in der nächsten Generation getrennt an verschiedene Kinder weitergegeben werden. Das hatte zur Folge, daß die Besitzverhältnisse über mehrere Jahrhunderte verhältnismäßig konstant blieben.

Erst die Ablösungen und die Separationen des vorigen Jahrhunderts brachten eine stärkere Mobilität des Grundbesitzes mit sich, die eine erhebliche Besitzkonzentration bewirkte. Das Anerbenrecht führte dazu, daß weiche Erben, soweit sie nicht als Knechte oder Mägde unverheiratet auf dem elterlichen Hof blieben oder in die Stadt abwanderten, sich am Rande des Dorfes, auf dem Brink, ein Haus errichteten. Danach hießen sie Brinksitzer. Diese besaßen kein eigenes Ackerland und in der Regel überhaupt keine oder nur eingeschränkte Anrechte an der Allmende, wurden aber auch zu Abgaben wenig herangezogen. Anstelle der Bezeichnung Brinksitzer kam seit dem ausgehenden 18. Jh. für entsprechende Neusiedler die Bezeichnung An-

bauer auf. Daneben gab es im Dorf in geringer aber ebenfalls im Laufe der Zeit wachsender Zahl sogenannte Häuslinge, die keinen eigenen Grundbesitz hatten. Sie wohnten zur Miete in den wenigen Gemeindehäusern oder auf jenen Bauernhöfen, deren Besitz von einem anderen Hof aus bewirtschaftet wurde. Brinksitzer und noch mehr Häuslinge fristeten, abgesehen von den wenigen Handwerkern unter ihnen, ein kärgliches Dasein als Landarbeiter oder aber sie hatten ihre Haupteinnahmequelle im Spinnen und seltener aus der Leinweberei.

Mit der Industrialisierung seit dem vorigen Jahrhundert wurden viele Angehörige dieser unterbäuerlichen Schicht zu Industriearbeitern oder ergriffen gehobene städtische Berufe, während für die Landarbeit in steigendem Maße Zuwanderer aus dem deutschen Osten und aus Polen ins Dorf kamen.

Die differenzierte Besitzstruktur, in die der einzelne von Geburt an weitestgehend eingebunden war, und die man in den höheren Schichten zumindest für den Hoferben bei der Heirat auf jeden Fall zu erhalten suchte, bedingt die hierarchische Gliederung innerhalb des alten Dorfes, die dem einzelnen sehr wohl bewußt war. Der Klasse der vollberechtigten Gemeindemitglieder, der Bauern, stand die der Brinksitzer bzw. Anbauer und Häuslinge, der „kleinen Leute“ gegenüber. Aber auch innerhalb der bäuerlichen Schicht gab es deutliche Abstufungen. Insbesondere die „großen Bauern“, die „Ackerleute“ entwickelten gegenüber den „kleinen Bauern“, den Kotsassen ein ausgesprochenes Standesbewußtsein, das seinen Ausdruck u. a. in dem häufigen Widmungsspruch „Es lebe der Ackermann“ fand (vgl. Kat.-Nr. 13 ff.). In manchen Dörfern gab es nicht nur einen Bauermeister als offiziellen Vertreter der Gemeinde, sondern je einen solchen aus den Reihen der Ackerleute und Halbspänner sowie der Kotsassen, so beispielsweise in (Klein) Stöckheim bei Braunschweig.

Der Unterschied auch im Lebenszuschnitt eines Ackermannes, der oft dem eines Gutsbesitzers oder des gehobenen städtischen Bürgertums in nichts nachstand und dem eines Kotsassen, den man vom Lebenszuschnitt her am ehesten dem städtischen Handwerker vergleichen könnte, war beachtlich und äußerte sich schon in Größe und Gestaltung

des Hauses und seiner Ausstattung. Das ist aus mannigfachen Gründen erst seit dem vorigen Jahrhundert anders geworden.

12

„Geld- und Korn-Rechnung“, d. h. Einnahme- und Ausgabeverzeichnis des Residenzamtes Wolfenbüttel für das Rechnungsjahr 1764/65. Aufgeführt sind 216 Positionen. Darunter fallen besonders ins Gewicht die Einnahmen aus der Dienstpflicht der einzelnen Bauern, die in Geld angegeben sind, geordnet nach Dörfern und Höfeklassen.

Pappbd. mit 346 S. 2°
LMB: LMB 24589

13

Glasfläschchen mit eingeschnittenem Dekor, auf der einen Seite pflügender Bauer und in Kursive „Vivat! Es lebe der / Ackerman!“ Auf der anderen Seite in Kartusche „Johann / Christ. Müller / zu Eischott / geb. 20:sten Febra: / 1831“.

Scheibenfläschchen H 18 cm
LMB: Zg 2272b

14

Glasfläschchen mit Aufschrift „Es/lebe der/Ackermann“ in weißer Kursive und auf der Gegenseite in farbiger Malerei Erntegerät und Getreidegarbe in Kartusche, um 1820.

Beutelflasche mit Emailmalerei H 14,8 cm
LMB: LMB 4650

15

Glasfläschchen mit Aufschrift „Es lebe der / Ackerman / C.: Diederich / 1820.“ in weißer Kursive sowie auf der Gegenseite in farbiger Malerei Egge und Pflug in Kartusche.

Beutelflasche mit Emailmalerei H 15,5 cm
LMB: LMB 23369

Glaskrug mit eingeschnittenem Dekor; längliche Kartusche mit Wagengestell mit Pferdebespannung und ungedeuteten Initialen „J. F. H. / L. C. B.“.

Glaskrug mit Weißblechhalterung und Zinndeckel mit zweimal der Stadtmarke von Helmstedt und einmal der Meistermarke von Johann Daniel Meerkatz (nachgewiesen 1798–1806) H 25,2 cm D 13,5 cm LMB: VM 4638

III. Dorf und Flur im Braunschweigischen bis zur Separation im 19. Jahrhundert

Dorf und Flur sind hierzulande zufrühest erst zwischen 1746 und 1786 durch die Braunschweigische General-Landes-Vermessung (GLV) kartographisch festgehalten worden. Die ältesten, realitätsbezogenen Dorfansichten aber stammen aus der 1654 erschienenen Braunschweig-Lüneburgischen Topographie des Matthäus Merian. Beide Quellen zeigen einen Zustand, dem eine lange, nicht immer stetige Entwicklung vorausgegangen ist, die in einzelnen Landesteilen etwas unterschiedlich verlaufen ist. Während des Mittelalters läßt sich für unseren, bereits seit frühen prähistorischen Epochen von Menschen besetzten Raum eine deutliche Siedlungsausdehnung feststellen: bestehende Dörfer werden vergrößert, neue gegründet. In dieser mittelalterlichen Ausbauperiode sind die meisten Orte, deren Namen das Grundwort -rode haben, entstanden. Das Ackerland wurde jetzt auf Kosten des Waldes und der Angerflächen, die als Viehweiden dienten, auch auf unergiebigere Böden erheblich ausgeweitet. Mitte des 14. Jhs. kommt es zu einem jähen Umschwung. Das Auftreten der Pest 1347–1350 und nachfolgende Seuchenzeiten bewirken einen außerordentlichen Bevölkerungsrückgang mit dem Aussterben ganzer Familien. Zugleich läßt die Nachfrage nach Getreide stark nach. Das führt dazu, daß zahlreiche Höfe und das zugehörige Ackerland aufgegeben, „wüst“ werden. Soweit die überlebende Landbevölkerung nicht in die Städte abwandert, konzentriert sie sich häufig, indem Dörfer aufgegeben werden und die Einwohner sich in Nachbardörfern niederlassen, von wo sie aber in der Regel ihr Land bewirtschaften und ihre alten Besitzrechte aufrechterhalten.

In Bortfeld ist beispielsweise Glinde, in (Salzgitter-)Lesse Nienstedt, in Twieflingen Klein Twieflingen aufgegangen. Seit dem Beginn des 16. Jhs. erfolgt hierzulande erneut – nur in gewissem Maße unterbrochen durch den Dreißigjährigen Krieg – eine starke ländliche Expansion bei erheblichem Bevölkerungszuwachs. Die wüsten Dörfer werden nicht wieder besiedelt, wohl aber wüste Hofstellen in bestehenden Dörfern erneut besetzt und ein wesentlicher Teil des ehemaligen, zum Teil inzwischen schon bewaldeten

Ackerlandes unter den Pflug genommen. Auch versuchte man, die Ackerflächen durch Rodung aus Wäldern und ungepflegtem Grünland, den Angern, zu erweitern. Die Landesherrschaft fürchtete, daß dadurch die Futtergrundlage für die bei den schwankenden Ernten so besonders wichtige Viehhaltung zu sehr geschwächt würde und verbot daher derartige „Rodungen“. Als Ergebnis der knapp umrissenen Entwicklung gliederten sich im 18. Jh. unsere Gemarkungen in verhältnismäßig kleine Waldgebiete, große Bereiche ungepflegten Grünlandes, die Allmenden, die als Viehweide dienten, sowie die überwiegend auf feuchte Niederungsgebiete zurückgedrängten kleinen Wiesenflächen zur Heugewinnung und das Ackerland. Nur letzteres war in Privatbesitz, alle übrigen Flurbereiche wurden gemeinsam genutzt. Die Streulage des grundherrlichen Besitzes sowie die allmähliche Entstehung der damaligen Ackerflur waren die Hauptursachen dafür, daß diese im 18. Jh. in eine größere Anzahl von etwa rechteckigen Komplexen zerfiel, die abgesehen von einzelnen geschlossenen Besitzblöcken aus einer größeren Anzahl gleichlaufender, schmaler Besitzstreifen bestanden. Diese Streifenkomplexe recht unterschiedlicher Größe bezeichnet man als Gewanne, hierzulande oft als Wannen. Die meisten Besitzparzellen waren nicht über Wege zu erreichen sondern nur durch Überfahren benachbarter Flurstücke. Im 18. Jh. wandte man sich in Verbindung mit den aufklärerischen Zielen der Zeit zur Hebung der wirtschaftlichen Situation im Staate auch dem Bauern zu. Man erkannte, wie ungünstig die geschilderte Situation für die Landwirtschaft war.

Das, sowie das Fehlen detaillierter kartographischer Unterlagen, das sich besonders bei den häufigen Grenzstreitigkeiten unliebsam bemerkbar machte, führte hiezulande zwischen 1746 und 1786 zu einer überaus wichtigen General-Landes-Vermessung. Diese wurde durch eine von dem überaus tätigen Herzog Karl I. eigens für diesen Zweck errichtete Kommission mit großer Sorgfalt durchgeführt. Neben einer Bestandsaufnahme der Bauernhöfe mit Zubehör und der dörflichen Wirtschaftslage sowie der Regulierung der Gemarkungsgrenzen, wurde der Kommission von vornherein die Aufgabe gestellt, durch Zusammenlegung von Besitzparzellen deren Anzahl zu verringern, bei zu geringer

Größe oder ungünstiger Form die Gewannsgrenzen zu ändern und für ein Wegenetz zu sorgen, von dem aus jede Besitzparzelle zugänglich war. Im größeren Teil des damaligen Landes Braunschweig sind diese Maßnahmen zum Wohl der Landwirtschaft, wenn auch nicht selten gegen den Widerstand von Betroffenen, durchgeführt worden. Unterblieben sind sie in einzelnen Gemarkungen, wo ungünstige und sehr uneinheitliche Bodenverhältnisse herrschten, so beispielsweise in Hordorf. Hier wurde dann nur „spezial vermessen“, d. h. der vorhandene Zustand beschrieben und kartographisch festgehalten.

Im größeren Teil unseres Raumes, wo fruchtbare Lößböden günstige Voraussetzungen für den Ackerbau bieten, bildete etwa je ein Drittel des Ackerlandes eine Abteilung der Dreifelderwirtschaft, die im Wechsel mit Winter- bzw. Sommergetreide bestellt bzw. im dritten Jahr ungenutzt, „brach“, liegen blieb. Bereits im 18. Jh. nutzte man einen Teil dieses Brachfeldes durch den Anbau von Hülsenfrüchten und Futterkräutern, später dann zunehmend durch die Kultur von Kartoffeln und seit den 1830er Jahren der Zuckerrübe.

Die GLV des 18. Jhs. ließ die „Dreifeldereinteilungen“ im wesentlichen unangetastet. So etwa finden wir auf jenen Gemarkungen, in denen eine Wüstungsflur aufgegangen ist, in der Regel noch die alten entsprechenden Einteilungen wieder.

War die Flurneuordnung des 18. Jhs. auf eine Neugliederung der Ackerflur beschränkt, so wurde durch die Separationen und Gemeinheitsteilungen des vorigen Jahrhunderts neben einer weiteren erheblichen Zusammenlegung der Besitzparzellen eine wesentlich weitgehendere Flurneuordnung durchgeführt. Nur einige Waldflächen blieben in der Regel im Gemeinschaftsbesitz der Reihewohner, alle übrigen früheren Gemeinheiten wurden unter die Berechtigten aufgeteilt und von diesen überwiegend in Ackerland umgewandelt.

Aus der Sicht des Betroffenen berichtet der Musikus Carl Schulze (geb. 1837) über die Auswirkungen der Separation und Flurbereinigung des vorigen Jahrhunderts in Lehre bei Braunschweig in seinen Lebenserinnerungen: „Bei der Separation 1853 wurden die Pläne erst Mitte Oktober ange-

wiesen, so daß es sehr spät wurde mit der Saatzeit. Die ersten Jahre gab es sehr viel Arbeit, alle Wege und Gräben mußten gemacht werden. Fast alle Stücken Land mußten einigermaßen gerade gemacht werden, weil es (d. h. das Ackerstück) jetzt eine andere Lage bekam und die Stücke früher so hoch getrieben waren. Die Leute glaubten sich dadurch vor Nässe zu schützen. Nun ging es oft auf einmal ganz quer. Da mußten die Furchen zum Teil erst voll gefahren werden, ehe es gepflügt werden konnte. Mein Vater (der ein Anbaueranwesen besaß), hatte von Wolter 4 $\frac{1}{4}$ Morgen „im Löpner“ an Poppe herunter gepachtet. Da haben wir erst viel anwenden müssen, ehe das brauchbar wurde. Wir selbst haben lange dran gearbeitet, und dann hatten wir noch einen Namens Koch mit seinen beiden Söhnen lange Zeit mit zu.

Und Onkel Brandes mußte längere Zeit Erde fahren. Da ging ein Weg quer durch und der Melkesteig eine lange Strecke drin herunter. Da standen Dornen und Brombeerbüsche dran herunter. Überhaupt standen früher viel Kopfstuken und Büsche im Felde herum . . .“

(nach einer Abschrift des Manuskriptes in Privatbesitz).

17

Ansichten Braunschweiger Dörfer aus der Mitte des 17. Jhs.

In der Braunschweig-Lüneburgischen Topographie des Matthäus Merian von 1654 liegt das erste Werk vor, in dem eine größere Anzahl von Dörfern aus unserer Region dargestellt sind, freilich entsprechend der Zielsetzung des Werkes nur solche, in denen ein Gut vorhanden war, dessen Mittelpunkt eine Schloß- bzw. Burganlage bildete. Die Darstellungen zeigen die enge Verbindung von Gutsanlage und übriger Siedlung, aber auch die Befestigungen, die auch für Dörfer vorgeschrieben waren und die Einbettung der Siedlungen in Baumgärten. Die Baum- und Gebüschreihen vor den Dörfern sind sogenannte Knicks, dichte Hecken, die zum Schutz der Dörfer – zumeist aus Hainbuchen oder Rotdorn – angepflanzt werden mußten.

Gezeigt werden die charakteristischen Ortsbilder von Destedt, Klein Vahlberg und Schliestedt bei Schöppenstedt, Greene und Herrhausen bei Bad Gandesheim sowie Nordsteimke bei Wolfsburg.

Verschiedene Maße

LMB: LMB 12856, VM 8554, o. Nr., VM 12807, VM 8550, VM 8562

18

Bornum und Sunstedt bei Königslutter als Beispiele für Dorfbilder aus dem 19. Jh.

Die enge Bebauung dieser großen „Haufendörfer“, in denen der mitteldeutsche Hoftyp die traditionelle Bauform war, ist augenfällig.

Lithographie nach eigener Zeichnung von F. Trackert, um 1835

H 46 cm B 58,5 cm

LMB: LMB o. Nr.

19

Ländliche Szenerie bei Riddagshausen um 1830. Der Künstler vermittelt einen vortrefflichen Eindruck von der Situation, wie sie sich in der Zeit vor der Separation auf dem flachen Lande vielerorts darbot. Das Bruchgebiet ist locker von Baumgruppen durchsetzt. Vorn erkennt man Kopfweiden, die das Material für die Korbflechtereie auf den Bauernhöfen lieferten. Ein Hirt treibt das Vieh über einen breiten Grasweg auf die Weide. Links aber liegt hinter einem Flechtzaun das strohgedeckte Bauernhaus.

Sepiazeichnung eines Unbekannten H 27,5 B 39,5 cm

LMB: LMB 12875

20

Die braunschweigische General-Landes-Vermessung des 18. Jhs. als erste neuzeitliche Maßnahme zur Flurneueordnung war durch genaue Anweisungen geregelt. In 62 Paragraphen der „Instruction für die Subdelegatos bey Fürstlicher General-Landes-Vermessungs-Commission von 1755“ waren die Ziele und die Vorgehensweisen festgeschrieben bis hin zur Anlage der Beschreibungen und Feldrisse. Als ein Hauptziel ist formuliert, „daß die Unterthanen

die zerstreuet liegenden Aecker bey einander bekommen, daß dadurch und durch Bezeichnung der geradelinigen Grenzen den Processen wegen der Grenzen, des Abpflügens etc. abgeholfen und durch eine Egalisierung der Morgen . . . jeder zu dem Seinigen verhofen werde . . .“ Die Arbeit lag in den Händen eines Subdelegierten, der die schriftlichen Arbeiten zu erledigen hatte und eines Vermessungsingenieurs. Zwei kundige „ehrbare“ Leute aus dem jeweiligen Dorfe waren als „Achtleute“ zu wählen, um spezielle Auskünfte, besonders in Streitfragen, zu geben.

Druck der Instruktion als Beilage I Zu: Gesenius, Carl: Das Meierrecht mit vorzüglicher Hinsicht auf den Wolfenbüttelschen Teil des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg. Bd. 2. Wolfenbüttel 1803, S. 1–36. 8°

21

Verordnung Herzog Karls I. von Braunschweig-Wolfenbüttel zur Vermeidung von Beschwerden über die Tätigkeit der General-Landes-Vermessungskommission, erlassen am 31. 10. 1755. Die Verordnung wiederholt die wichtigsten Anweisungen über die Vorgehensweise und über die Aufbringung der Gebühren. Besonders werden die Mitarbeiter noch einmal im Hinblick auf Bestechlichkeit verwahrt.

Druck H 32 cm B 46 cm
NdsStWf: 58 Alt 2118

22

Twieflingen bei Schöningen als Beispiel für die Durchführung der braunschweigischen General-Landes-Vermessung.

Das Dorf Twieflingen und seine Flur bieten ein Siedlungsbild, wie es insbesondere im braunschweigischen Lößgebiet häufiger anzutreffen ist. Das Dorf bestand zur Zeit der General-Landes-Vermessung aus dem auf eine mittelalterliche Burganlage zurückgehenden Grundstück des Herzoglichen Vorwerks, das damals noch an drei Seiten von Wall und Graben umgeben war, sowie 36 Bauernhöfen und 6 Brinksitzerstellen. Die beachtliche Größe des Dorfes erklärt sich daraus, daß eine Zuesiedlung aus mindestens einem wüst gefallenen Dorf, aus Klein Twieflingen, wahr-

scheinlich aber aus einen zweiten, Rollstedt (?) erfolgt ist. Auch nach der General-Landes-Vermessung wurde die Einteilung der Ackerflur von Twieflingen in zwei Dreifelderwirtschaften beibehalten. Die eine liegt auf der alten Flur der Wüstung Klein Twieflingen und wird daher als „Klein Twieflinger Feld“ bezeichnet.

Die Gunst der Bodenverhältnisse hat bewirkt, daß auf Twieflinger Flur das Ackerland bereits im 18. Jh. die überwiegenden Flächenanteile inne hatte, das Wiesenareal war auf wenige Feuchtgebiete zurückgedrängt, die Angerflächen lagen überwiegend randlich, der Wald war auf den Anteil am Elm eingeeengt. Durch die General-Landes-Vermessung von 1753 und vor allem eine Überarbeitung von 1770 ist der überwiegende Teil der Ackerflur neu gegliedert worden, so daß eine überwiegend linealische Streifenflur entstanden ist, in der der größere Teil des Domänenlandes im Gemenge mit den Bauernländereien liegt.

a. Kopie des Planes der Feldmark und Ortslage von Twieflingen von 1829, vermessen und aufgenommen 1751/52 durch J. C. Hahn, mit Besitzstandsverzeichnis.

Maßstab: 1:3333 1/3 H 208 cm B 84 cm
Katasteramt Helmstedt

b. Beschreibung des Dorfes Twieflingen, angefertigt 1753 von J. J. Bütemeister, überarbeitet und rektifiziert 1770 durch Johann Julius Christoph Schmidt.

Pappbd. 2°

NdsStWf: 20 Alt 370 Bd. 3

c. Feldbeschreibung von Twieflingen von J. J. Bütemeister, überarbeitet und rektifiziert 1770 durch Johann Julius Christoph Schmidt

Pappbd. 2°

NdsStWf: 20 Alt 370 Bd. 4

23

Nordsteimke bei Wolfsburg als Beispiel für die Ausführung der Separation.

Das braunschweigische Dorf Nordsteimke, das an drei Seiten von hannoverschem bzw. preußischem Territorium begrenzt war, hatte bei der Separation ein Rittergut, 9 Ackerhöfe, nur 1 Halbspännerhof, 2 Kothöfe, 5 Brinksitzer- und 8 Anbauerstellen sowie 3 Gemeindehirtenhäuser, 1 Gemeindebäckhaus und 1 Spritzenhaus.

Die Größe des Dorfes hängt damit zusammen, daß in Nordsteimke ein Teil von zwei Wüstungen aufgegangen ist, von

Klein Hehlingen südöstlich des Dorfes und von Spie (?) südwestlich. Die Wüstungsstellen sind auf einem vor Einleitung der Separation entstandenen Flurplan erkennbar. Der größere Teil der Ackerflur war durch die 1756 ausgeführte General-Landes-Vermessung umstrukturiert worden. Völlig ausgenommen war davon die ehemals Klein Hehlinger Flur, auf der die Parzellen von Besitzern aus Nordsteimke und dem preußischen (Groß) Hehlingen im Gemeinde lagen.

Für Nordsteimke wurde die Separation 1845 ausgeführt, der Rezeß 1862 bestätigt. Die Ausführung erfolgte in der üblichen und gesetzlich geregelten Form, wobei schnurgerade Wege und Gräben angelegt wurden und das Ackerland stark ausgeweitet wurde. Es fand eine deutliche Entmischung der Nutzungsarten statt.

Bei einer Größe der Feldmark von insgesamt 651 ha, umfaßte der Privatbesitz vor der Separation 450 ha in 1271 Stücken, danach aber 630 ha in nur noch 125 Stücken.

a. „Rezeß in General- und Spezial-Separations-Sache von Nordsteimke“. Ausgefertigt 1860. Die Auseinandersetzung umfaßte 9 Punkte, worunter besonders hervorzuheben sind die Grenzregulierungen mit den Nachbargemeinden, die Privatisierung des Gemeinschaftsbesitzes, die Ablösung der Weideregtsamen und die Ablösung eines Teiles der sogenannten Stolgebühren, die an die Kirche zu entrichten waren.

Handschrift in Halbleinwand mit Flurplänen 2°

Katasteramt Wolfsburg

b. Flurplan mit dem Zustand vor der Separation, der die Nutzungsarten und die Eigentumsgrenzen enthält.

Aufgenommen 1837/38 von A. Stalman Maßstab: 1:5000

Grenzkolorierter Druck

c. Flurplan mit der Besitzeinteilung nach der Separation

Aufgenommen 1845 von A. Stalman Maßstab: 1:5000

Grenzkolorierter Druck

b. und c. Beilagen zu: Storck, Ch.: Ackerzusammenlegung. In: Festgabe für die Mitglieder der 20. Versammlung deutscher Land- und Forstwirte. Braunschweig 1858. S. 245–275.

IV. Die Landesökonomiekommission Ihre Aufgaben und Organisation

Die gemeinschaftlichen Bodennutzungen der Weiden- und Ackerflächen und der Gemeinheiten bildeten Anfang des 19. Jahrhunderts ebenso wie die Reallasten ein sehr großes Hindernis für die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und damit des allgemeinen Wohlstandes im Herzogtum Braunschweig.

Das Verdienst vom Herzog Wilhelm war es, dieses nicht nur erkannt, sondern auch Abhilfe geschaffen zu haben. In der neuen Landschaftsordnung wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Aufhebung der Reallasten gegen eine Entschädigung verlangt werden kann.

Zwar war bereits am 1. 7. 1823 eine Verordnung über die Gemeinheitsteilung und die Ablösung von Berechtigungen erlassen worden, diese war jedoch vorläufiger Art. Die politischen Schwierigkeiten, insbesondere nach 1823, hatten eine endgültige und vollständige Regelung nicht zugelassen.

Die Gemeinheitsteilungs- und Ablösungsordnung ist jeweils am 20. 12. 1834 vom Herzog Wilhelm unterzeichnet und in der Folgezeit mehrmals novelliert worden.

Es war zwar aufgrund der Gemeinheitsteilungsordnung von 1823 schon eine Landesökonomiekommission geschaffen worden, jedoch war eine Reorganisation insbesondere im Hinblick auf den Wirkungskreis der Behörde erforderlich, wie aus dem Schreiben der Ständeversammlung an das Staatsministerium im August des Jahres 1834 hervorgeht.

„Bei den großen Veränderungen und Verbesserungen, welche in der bisherigen Gesetzgebung des hiesigen Landes durch Erlaß einer Ablösungs- und einer neuen Gemeinheitsteilungsordnung eintreten werden, müssen genauere Normen über die Einrichtung der die Ablösungs- und Gemeinheitsteilungen leitenden Behörden sowie über das bei jenem zu beobachtende Verfahren für ebenso notwendig als zweckmäßig gehalten werden und wir müssen daher dankbar anerkennen, daß durch den uns vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Organisation und den Geschäftskreis der Herzoglichen Landesökonomiekommission sowie für das Verfahren, in Separations- und Ablö-

sungssachen, eine fühlbar gewordene Lücke der Gesetzgebung ausgefüllt worden ist.“

Das Gesetz wurde von der Ständeversammlung am 15. 11. 1834 einstimmig angenommen, am 20. 12. 1834 vom Herzog Wilhelm unterzeichnet und am 6. 1. 1835 in der Gesetz- und Verordnungssammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande verkündet. Es war fast 100 Jahre bis zum Jahre 1931 die Grundlage für die Tätigkeit der Behörde. Die Hauptaufgaben stellten daher seinerzeit die Durchführung der Ablösungen und die Gemeinheitsteilung dar.

Das dafür erforderliche Beamtenpersonal mit juristischer, ökonomischer, forstmännischer und feldmesserischer Vorbildung und die Boniteure mußten weitestgehend nach 1835 zunächst eingestellt werden. Es fehlte insbesondere an Feldmessern.

Daher und weil das Interesse an der Ablösung besonders groß war, wurden in den ersten Jahren des Bestehens vorwiegend Ablösungen bearbeitet.

Mit der Teilung der Gemeinheiten wurde im wesentlichen erst in den 40er Jahren begonnen, nachdem der Personalbestand an Feldmessern erheblich vergrößert worden war. Die wesentlichen Arbeiten in den Ablösungs- und Gemeinheitsteilungssachen wurden im 19. Jahrhundert im Herzogtum Braunschweig durchgeführt.

Der Landesökonomiekommission wurden per Gesetz noch weitere Vermessungsarbeiten, aber auch solche bei der Enteignung von Grundstücken übertragen, die bis ins 20. Jahrhundert fortwirkten.

Hervorzuheben ist die Beteiligung bei der Durchführung des Grundsteuergesetzes vom 24. 8. 1849. Die Abschätzung sämtlicher Flächen war dabei von der Landesökonomiekommission vorzunehmen. Dabei verzögerte sich leider auch die Durchführung der Separationen.

Die Landesökonomiekommission hat sich auch auf gewerblichem Gebiet betätigt. Ihr war z. B. durch die Gesetze vom 19. 5. 1840 und 6. 2. 1862 übertragen worden, die Entschädigung für die Anlage der neuen Mühlenanlagen festzusetzen.

24

Herzog Wilhelm von Braunschweig (reg. 1831–1884), in dessen Regierungszeit die grundlegenden Maßnahmen zur Ablösung der Reallasten, die meisten Separationen und Gemeinheitsteilungen sowie Flurzusammenlegung von einer fähigen Beamtenschaft durchgeführt wurden. Damit wurde das Fundament gelegt für den modernen Landwirtschaftsbetrieb.

Ölbild auf Leinen, unsigniert H 38 cm B 31 cm
LMB: LMB 6692

25

Die neue Landschaftsordnung vom 23. 10. 1832, die in § 36 vorsieht, daß jeder gegen eine Entschädigung die Ablösung der mit einem Grundstück verbundenen Reallasten (grundherrliche Abgaben, Zehnt, Hand- und Spanndienste) und die Ablösung der an die Person gebundenen Leistungen (Dienste u. a.) durchführen lassen kann.

Zu den persönlichen Lasten gehörten u. a. der Häuslingsdienst und das Häuslingsschutzgeld. Beide, die die ärmste Bevölkerungsschicht betrafen, wurden teils ohne, teils mit staatlicher Entschädigung aufgehoben.

BsGVSlg Jg. 1832, Nr. 17 8°

26

Das Gesetz, die Gemeinheitsteilung betr. vom 20. 12. 1834, das an die Stelle der Verordnung vom 26. 3. 1823 trat, und endgültig die Teilung der gemeinschaftlich genutzten Acker-, Weide- und Forstflächen und deren Privatistierung regelte. Das Gesetz wurde von der Ständeversammlung mit 39 gegen 5 Stimmen angenommen. Zu unterscheiden sind die zuerst durchzuführenden General- und die im Anschluß daran auszuführenden Spezialteilungen (= Separationen). Erstere beinhalten die Teilung des Gemeinschaftsbesitzes unter die auf diesem berechtigten sogenannten Gemeinheiten, d. h. die Reihewohner einerseits und die berechtigten Ritter- und Klostergrüter bzw. Domänen andererseits. Zur Einleitung des Verfahrens bedurfte es der Zustimmung

der Hälfte der Teilnahmeberechtigten einer Gemeinde nach Kopfbzahl und Flächenanteil. Der Teilungsmaßstab richtete sich nach der Anzahl des in den letzten 10 Jahren vor der Auseinandersetzung gehaltenen Viehs. Die einzelnen Vieharten wurden in Relation zu einer Weidekuh bemessen.

Die Spezialauseinandersetzung bedeutete die Aufteilung und Privatisierung des Gemeinschaftsbesitzes einer Gemeinde an die daran Berechtigten. Voraussetzung für die Durchführung war, daß sich 2/3 der Berechtigten nach Stimme und Fläche dafür aussprachen und daß der Nutzen in einer angemessenen Relation zu den Kosten stand. Als Teilungsmaßstab wurde wiederum der Viehbestand nach der Durchwinterung angesetzt, abhängig von den Hütungsrechten und dem Haushaltsbedarf derer, die nur ein Haus besaßen.

Entsprechend den heutigen Flurbereinigungszielen wurde auf eine Zusammenlegung der Flächen bei gleicher Bonität, Festsetzung der Bodenqualität und Entfernung vom Wirtschaftshof geachtet, so daß die Anzahl der Besitzparzellen außerordentlich verringert wurde (vgl. Kat.-Nr. 23). In Verbindung mit der Neugliederung der Flur sollten in angemessenem Umfang Wirtschaftswege und Entwässerungsgräben angelegt werden. Die dafür notwendigen Flächen waren anteilig von den Teilnehmern aufzubringen, die Flächen abzumarken.

Die Kosten wurden wiederum anteilig auf die Berechtigten umgelegt. Grundsätzlich wurden alle Entschädigungen für die Berechtigungen im Land vorgenommen.

BsGVSlg Jg. 1835, Nr. 1 8°

27

Gesetz, die Ablösungs-Ordnung des Herzogtums Braunschweig betr., angenommen am 15. 11. 1834 von der Ständerversammlung mit 27 gegen 18 Stimmen, erlassen am 20. 12. 1834.

Der Antrag auf Ablösung durfte nur vom Pflichtigen gestellt werden, nicht aber vom Berechtigten. Das war ein wichtiger Schutz für den Bauern. Abgelöst werden konnten die mit

Grundstücken verbundenen Reallasten (z. B. Hand- und Spanndienste, grundherrliche Abgaben) und die persönlichen Leistungen (z. B. Häuslingsgeld) abgesehen von genau spezifizierten Abgaben (u. a. öffentliche Abgaben und Lasten, Abgaben an Pfarre und Kirche). Neue Reallasten durften nicht begründet werden.

Die Entschädigung wurde in der Regel auf den 25fachen Betrag des „nachhaltigen“, d. h. durchschnittlichen Reinertrages festgesetzt und hatte in Bargeld zu erfolgen, wobei die von der Regierung festgesetzten Getreidepreise zugrundegelegt wurden. Abtretung von Grundstücken war nur in Ausnahmefällen mit besonderer Genehmigung des Staatsministeriums, also der Regierung möglich.

Die Hand- und Spanndienste wurden mit dem 18-fachen, das Dienstgeld mit dem 25-fachen Jahresbetrag abgegolten. Durch die Ablösung der Reallasten erst wurde vom Besitzer das freie Eigentum erworben und erst damit fielen alle Einschränkungen in der Verfügungsgewalt fort.

Bei Beratung des Gesetzentwurfes befürchtete man, daß die zu entrichtenden Geldbeträge bei den damals niedrigen Getreidepreisen für viele Höfe eine nicht zu bewältigende Belastung bilden würden. Das bewahrheitete sich nicht. Der Zinssatz der Kredite sank nämlich unter 4 %, während die Getreidepreise über die festgelegten Normalpreis hinaus erheblich anstiegen.

BsGVSlg Jg. 1834, Nr. 20 8°

28

Gesetz betr. die zur Abtragung der Ablösungskapitalien bei den Herzoglichen Leihhausanstalten zu beschaffenden „Anlehne“ vom 20. 12. 1834. Durch das Gesetz wurde es jedem ermöglicht, zur Finanzierung des Ablösungskapitals ein Darlehn bei der Herzoglichen Leihhauskasse zu günstigen Bedingungen aufzunehmen, zu einem Zinssatz von 4 % und einer Tilgungsrate von 1 %. Vorzeitige Tilgung des Kapitals war möglich. Diese Regelung sollte verhindern, daß die Höfe durch das Aufbringen der Ablösungskapitalien zu stark belastet und gar zum Landverkauf gezwungen wurden.

BsGVSlg Jg. 1834, Nr. 21 8°

Gesetz betr. die Modifikation und Ergänzungen der neuen Gemeinheitsteilungsordnung, erlassen am 12. 2. 1842.

Durch dieses Gesetz wurde insbesondere §71 der Gemeinheitsteilungsordnung modifiziert, in dem die Höhe der Anteile neu festgesetzt wurde. Danach sind bei Gemeinheitsteilungen die Anteile am Weidefutter einzuhalten, wie sie am 1. 1. 1835 bestanden haben.

BsGVSlg Jg. 1842, Nr. 31 8°

30

Gesetz betr. die Änderung der §§30 und 32 der neuen Gemeinheitsteilungsordnung, erlassen am 18. 2. 1850

Wesentlicher Punkt ist, daß zur Einleitung der Spezialsparation des Verfahrens nunmehr eine Mehrheit von 50 % nach Stimmberechtigten und Fläche erforderlich war. Die früher erforderlich gewesene größere Mehrheit hatte vielfach Separationen verhindert.

BsGVSlg Jg. 1850, Nr. 5 8°

31

Reskript des Herzogs Wilhelm von Braunschweig an die Stände vom 2. 7. 1833, dem Gesetzentwurf über die Organisation und den Geschäftskreis der LÖK zuzustimmen.

Hs. 2°
NdsStWf: 23 Neu 577

32

Gesetz betr. die Organisation und den Geschäftskreis der LÖK sowie das Verfahren in Separations- und Ablösungssachen vom 20. 12. 1834.

Demnach hatte die LÖK, die dem Staatsministerium direkt unterstellt war, aus einem Direktor und zwei ordentlichen Mitgliedern zu bestehen.

Die Vermessungsaufgaben lagen in Händen der Landesökonomiekondukteure, die schriftlichen Arbeiten in denen der Landesökonomieassessoren bzw. -räte. Zur Ausführung

vor Ort waren unter ihrer Anleitung „Lokalkommissionen“ tätig, die aus einem Lokalkommissar und einem Protokollführer bestanden.

Die Durchführung des Verfahrens war durch das Gesetz genau geregelt. Nach Prüfung der Notwendigkeiten einer Separation und Definition der bestehenden Ziele, wurden Besitzverhältnisse und die Bodenqualität kartographisch erfaßt und mußten von den Teilhabeberechtigten anerkannt werden. Im Anschluß daran wurde ein Separationsplan erstellt, aus dem die Neuaufteilung der Flur in Besitzstücke und der Separationsrezeß entwickelt wurden. Nach Anerkennung durch die Beteiligten und Bestätigung durch die LÖK wurde der Rezeß ausgeführt. In dem Gesetz wird auch die Kostenbeteiligung der Mitglieder der Gemeinden am Verfahren geregelt. Zu ihrer Einziehung wurde durch Verordnung vom 7. 1. 1835 bei der LÖK eine „Salarienkasse“ eingerichtet, die erst 1929 aufgelöst worden ist.

BsGVSlg. Jg. 1835, Nr. 2 8°

33

Ernennung des Stadtdirektors von Wolfenbüttel, Ludwig-Hillmar Dedekind, zum Direktor der LÖK am 9. 8. 1835. Dedekind, der diese Funktion bereits seit 1833 neben seinem Amt als Stadtdirektor inne hatte, behielt sein Amt bei der LÖK bis zu seiner Pensionierung am 17. 9. 1864.

Bekanntmachung in den Braunsch. Anzeigen Jg. 1835, Nr. 11

34

Organisationsplan für die LÖK im Jahre 1835. Die Behörde, deren Aufgaben kurz aufgeführt sind, hatte damals neben dem leitenden Kollegium von 3 Personen 4 Mitarbeiter.

Braunsch. Adreßbuch für 1835 8°

35

Verordnung betr. die Teilung der Gemeinden vom 26. 3. 1823

Durch dieses Gesetz wurde eine zentrale Landesökonomiekommission geschaffen mit der Zuständigkeit für die

Gemeinheitsteilungen. Detaillierte Bestimmungen für die Verfahrensweise fehlen hier noch. Als Lokalbehörden dienten die Stadt- und Kreisgerichte. Das Gesetz von 1834 (vgl. Kat.-Nr. 32) reorganisierte die LÖK.

Bs GVSlg Jg. 1823, Nr. 9

36

Wilhelm J. L. Bode, der nachherige Stadtdirektor von Braunschweig, war auch mit der Durchführung von größeren Separationen betraut worden, u. a. mit der des Marienthaler Forstes im Lappwald und der des Lehrer Wohlds (bei Wolfsburg) und zeitweilig Mitglied der Landes-Ökonomie-Kommission.

Lithographie von H. Oldenburg aus der Wehrtschen Steindruckerei in Braunschweig, datiert 1830 H. 35,5 cm B 27,2 cm
LMB: VM 5926

37

W. von Thielau war seit 1828 Landesökonomieassessor und später Finanzdirektor. Er war vor allem in der Frühphase der Reformen tätig.

Foto: L. Steinmann um 1850 H 10 cm B 6 cm
LMB: o. Nr.

38

August von Geyso, seit 1835 bei der LÖK tätig als Landesökonomierat, später Mitglied des braunschw. Staatsministeriums.

Foto nach einer Zeichnung um 1850 H ca. 23,5 cm B 17,5 cm
LMB: o. Nr.

39

Friedrich August Dommerich, zunächst Landesökonomieassessor, von 1864–1878 Direktor der LÖK.

Bleistiftzeichnung wohl von A. Peters 1854 H 12,5 cm B 7,5 cm
LMB: Zg 8101

40

Erich Emanuel Griepenkerl, der spätere Kammerpräsident war zeitweise als Landesökonomierat tätig.

Foto von J. B. Feilner, um 1880, H 16,5 cm B 11,5 cm
LMB: o. Nr.

41

Urkunde über die Beförderung des Landesökonomiekondukteurs Stalman zum Vermessungsrevisor bei der LÖK, datiert Braunschweig, 10. 4. 1858. Stahlmann war von 1835–1865 bei der LÖK tätig.

Hs. 2°
NdsStWF: 91 Neu Fb. 1 Nr. 9

42

Rudolf Lüderssen, von 1874–1905 Mitglied der LÖK, in der er als Assessor eintrat mit einem Gehalt von 1100 Tlr., er schied als Direktor aus und hatte zuletzt die Leitung der LÖK inne, deren Chronist er wurde (vgl. Literaturverzeichnis).

a. Foto von A. Sternitzki, um 1880
H 10,5 cm B 6,5 cm
LMB: Zg 3271

b. Ernennungsurkunde zum Landesökonomieassessor vom 27. 4. 1874.

Hs. 2°
NdsStWF: 91 Neu Fb. 5 Nr. 33

c. Übersicht über den Aufstieg Lüderssens in der LÖK aus dessen Personalakte.

Hs. 2°
NdsStWF: 12A Neu Fb. 5 Nr. 2336

43

Gesetz vom 19. 3. 1850, das einen Teil der Behördenzuständigkeiten neu regelte. So wurden in § 1 die Lehens- und Grenzkommission aufgehoben und deren Zuständigkeit auf die LÖK übertragen.

BsGVSlg Jg. 1850, Nr. 10 8°



42a



69 (1984)

44

Gesetz betr. die Vermessung und Kartierung von Grundstücken in noch nicht vermessenen Gemeinden vom 5. 10. 1886. Diese wird hierdurch der LÖK übertragen.

BsGVSlg Jg.1886, Nr. 34

8°

45

Gesetz betr. die Ermittlung der Entschädigungen bei Enteignungen vom 13. 9. 1863. Die Festlegung der Entschädigung wird dadurch der LÖK übertragen.

BsGVSlg. Jg. 1867, Nr. 78 8°

46

Gesetz betr. die Ablösung der auf den Kirchen-, Pfarr- und Schulverband bezüglichen Abgaben und Dienste vom 23. 4. 1867. Dadurch wird die Ablösung dieser Lasten und Leistungen, die bis dahin ausgeschlossen war, ermöglicht und geregelt.

BsGVSlg Jg. 1867, Nr. 19 8°

47

Ernennung des Assessors Max Griepenkerl zum Landesökonomiekommissar, datiert 1. 9. 1889. Griepenkerl stieg in der Beamtenhierarchie der LÖK bis zum Direktor (1909–1922) auf.

Hs. Abschrift der Urkunde 2°
BdsStWf: 91 Neu Fb. 5 Nr. 16

48

Blick in den Klosterhof Riddagshausen. Hier hatte die LÖK im 19. Jh. zeitweise ihren Sitz.

Federlithographie von J. Berghold nach W. Pätz von 1859
H 11,8 cm B 16,1 cm
LMB: 12251/9

48a

Carl vonHohnhorst, seit 1837 ordentliches Mitglied der LÖK als Nachfolger von A. von Geyso.

Lithographie von E. Schulz um 1850 H 45,2 cm B 36,5 cm
LMB: o. Nr.

49

Gebäudegruppe mit dem Gebäude „An der Katharinenkirche 11“ in Braunschweig. Hier hatten die LÖK und ihre Nachfolgeorganisationen seit dem vorigen Jahrhundert und bis zur Zerstörung der Gebäude im 2. Weltkrieg ihren Sitz.

2 Archivfotos H 20/11 cm B 28/14 cm
Archiv Heitefuß bzw. Rohmann

V. Die Entwicklung der Behörde und deren Aufgaben seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert

Seit 1889 wurden die Tätigkeiten der Lokalkommissare von den Mitgliedern der Landesökonomiekommission mit wahrgenommen. Der Personalbestand war auf 28 Personen zurückgegangen, weil die Arbeiten der Gemeinheitsteilung und der Ablösung fast beendet waren.

Zu Beginn des 20. Jhs. war zwar überlegt worden, ob die Behörde aufgelöst werden konnte, man nahm jedoch davon Abstand, weil die noch anstehenden Arbeiten auf keine andere Behörde übertragen werden konnten.

Im Jahre 1921 legte die Regierung eine Denkschrift bezüglich der Geschäftslage der Landesökonomiekommission vor. Sie gab Denkanstöße für die Zusammenfassung mit anderen vorhandenen bzw. noch zu gründenden Behörden wie dem Landesgrundsteueramt, dem Siedlungsamt, dem Bezirkswohnungskommissar und machte Vorschläge für die Gliederung einer solchen Behörde.

Die darüber in der Landesversammlung geführte Debatte führte zu keinem schnellen Ergebnis. Erst durch die Verordnung vom 25. 11. 1931 wurden die Landesökonomiekommission und das Landesgrundsteueramt zum Landeskultur- und Vermessungsamt vereinigt.

In der Denkschrift und der sich anschließenden Debatte wurde auch diskutiert, ob ein Umlegungsgesetz wie in Preußen erlassen werden sollte, um eine rechtliche Grundlage für Neuordnungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Kanalbauten zu schaffen und die Zusammenlegung von Flächen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Leider kam es nicht zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes. Erst das Reichsumlegungsgesetz aus dem Jahre 1936 füllte diese Lücke.

Zur Arbeitslage führt die Denkschrift aus, daß 15 Gemeinheitsteilungen in Bearbeitung sind und noch insgesamt 40 Feldmarken nicht separiert sind, von denen viele, insbesondere im Oberharz nicht separierungsfähig bzw. bedürftig sind.

Die Abwicklung der anstehenden Arbeiten wurde erschwert einmal durch die veralteten Vorschriften der Gemeinheits-

teilungsordnung und zum anderen durch den geringen Personalbestand. Der Stellenplan wies 1925 lediglich 12 Mitarbeiter aus. Insbesondere fehlte es an Landmessern, die zudem auch bei anderen Vermessungsarbeiten, wie den staatlichen Vermessungen und Vermessungen von Eisenbahnlinien zusätzlich beansprucht waren. Die wenigen noch anstehenden Ablösungen stellten keine Arbeitsbelastung dar, weil sie weitgehend einvernehmlich gelöst wurden.

1919 und 1920 wurden der Landesökonomiekommission weitere Aufgaben nach dem Landbeschaffungs- und dem Umlegungsgesetz übertragen.

Das Landeskultur- und Vermessungsamt führte die bisherigen Aufgaben der Landesökonomiekommission fort. Hinzu kamen die Festsetzungen für Entschädigungen bei Enteignungen beim Bau des Mittelland- und des Salzgitterkanals, die Erteilung von Zweckdienlichkeitsbescheinigungen nach dem Grunderwerbsteuergesetz von 1940 und die Aufgaben aufgrund des Reichsumlegungsgesetzes.

Durch die Verordnung über die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Vermessungs- und Katasterwesens vom 30. 9. 1944 wurde die für die Vermessung zuständige Abteilung Reichsbehörde und die frühere Landesökonomiekommission blieb aufgrund eines Erlasses von März 1945 als Landeskultur- und Vermessungsamt weiterhin bestehen. Dieses hatte am Ende des 2. Weltkrieges einen Personalbestand von 7 Personen.

In Bearbeitung befanden sich Separationen in Holzminden, Dehrental, Hasselfelde, einige Enteignungssachen und die Vermessungen von Domänen.

Mit Wirkung vom 28. 12. 1948 wurde das Landeskultur- und Vermessungsamt in Niedersächsisches Kulturstamt Braunschweig umbenannt und ihm für den Verwaltungsbezirk Braunschweig zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben auch die Bearbeitung von Siedlungsverfahren übertragen.

Der nach dem 2. Weltkrieg einsetzende Flüchtlingsstrom führte zu einer enormen Steigerung der Arbeit des Amtes. Gegenwärtig sind 80 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Zusammenhang mit der Eingliederung der Flüchtlinge und weil zur Sicherung der Ernährung eine Intensivierung der Landwirtschaft erforderlich war, wurden im großen Um-

fang Flurbereinigungsverfahren nach dem neuen Flurbereinigungsgesetz eingeleitet.

Der Strukturwandel in den 60er und 70er Jahren führte dazu, daß zahlreiche Flurbereinigungsverfahren erforderlich waren, um die strukturellen Verhältnisse daran anzupassen.

Im Jahre 1974 wurden die Niedersächsischen Kulturämter in Ämter für Agrarstruktur umbenannt, um den neuen Gesichtspunkten der Agrarstrukturverbesserung, verbunden auch mit deren Maßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Räumen Rechnung zu tragen.

So wirkte das Amt für Agrarstruktur außer auf dem strukturellen Bereich auch auf dem der einzelbetrieblichen Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben mit und ist neuerdings maßgeblich verantwortlich für die Dorfentwicklung und Dorferneuerung.

Gleichzeitig liegt ein Hauptaufgabengebiet in der Begleitung von Baumaßnahmen wie Autobahnen durch Flurbereinigungsverfahren.

Nicht erst seit der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahre 1976 wird der Natur-, Landschafts- und Umweltschutz bei allen Flurbereinigungsverfahren berücksichtigt. Zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes können heute solche Flurbereinigungsverfahren eingesetzt werden.

Es wird in Zukunft die Aufgabe des Amtes für Agrarstruktur sein, einen Konsens zwischen Ökonomie und Ökologie zu finden, weil einerseits die Landwirtschaft nach wie vor für die Ernährungssicherung erforderlich, andererseits aber auch die Erhaltung einer gesunden Umwelt für die Landwirtschaft und uns alle von lebensnotwendiger Bedeutung ist.

In diesem Sinne wird sich das Amt für Agrarstruktur Braunschweig auch in Zukunft sachgerecht betätigen.

50

„Vieweghaus“ am Burgplatz in Braunschweig als Sitz des Nds. Kulturamtes vom 1. 4. 1952–30. 6. 1967.

a. Foto mit Behördenschild

Foto: W. Birker um 1960 H 17,5 cm B 23,5 cm

b. Foto bei Auszug der Behörde

Farbfoto: H. Hantel 1967 H 19,5 cm B 30 cm

51

Gebäude Kuhstraße/Ecke Auguststraße in Braunschweig als Sitz des Amtes für Agrarstruktur und seiner Vorgängerbehörde seit dem 1. 7. 1967.

a. Gebäudesituation bis zu den Zerstörungen im 2. Weltkrieg, vorn links das teilweise bis heute erhaltene Gebäude der ehemaligen österreichischen Gendarmen (von W. Korber 1720).

Reproduktion nach Archivfoto: Lange H 26 cm B 40 cm

b. Gebäudesituation aus der gleichen Perspektive 1984.

Foto: H. Grichtol/AfA H 24 cm B 30 cm

52

Gesetz betr. die Schaffung von ländlichen Kleinsiedlungen, Heimstätten und Wohnhäusern für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene vom 19. 4. 1918.

Originalausfertigung des Gesetzes mit eigenhändiger Unterschrift des Herzogs Ernst August von Braunschweig 2°

NdsStWf: 12 A Neu Fb. 7a 6240

53

Gesetz betr. Einrichtung des braunschweigischen Siedlungsamtes vom 18. 5. 1918. Dieses wurde bereits 1930 wieder aufgelöst und die Zuständigkeit dem Finanzminister übertragen.

BsGVSlg Jg. 1918, Nr. 30 8°

54

Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 1919, das reichseinheitlich die Schaffung von neuen Siedlerstellen, die Aufbringung der Siedlungsflächen und das Verfahren regelt.

Ausgabe Köln: B. Pick 1954

55

Tätigkeitsbericht der Abteilung III (Siedlungs- und Wohnwesen) des Staatsministeriums und des Siedlungsamtes des Freistaates Braunschweig für 1922. Eine Hauptaufgabe war die Ergreifung von Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. In diesem Rahmen wurde in Braunschweig die Siedlung Alt-Petritor errichtet. Darüber wird mit Abbildungen ausführlich berichtet.

Broschüre mit Abb. 40 S. 4°

56

Organisationsplan des Siedlungsamtes Braunschweig vom 30. 4. 1921. Außer dem Referenten Dr. Christoph und seinem Vertreter Dr. Spangenberg hatte das Amt damals nur 9 Mitarbeiter.

Maschschr. 2°

57

Gliederung, Personalbestand und Aufgaben der LÖK um 1929.

Staatshandbuch für den Freistaat Braunschweig 1929. S. 33. 8°

58

Verordnung über die Vereinigung der LÖK und des Landesgrundsteueramtes zum Landeskultur- und vermessungsamt vom 25. 11. 1931.

BsGVSlg. Jg. 1931, Stck. 44 4°

59

Reichsumlegungsordnung vom 16. 1. 1937. Diese stellt für Braunschweig die erste gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Umlegungsverfahren im landwirtschaftlichen Bereich dar.

Ausgabe München und Berlin 1938. 8°

60

Erlaß des Nds. M. f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 28. 12. 1948 betr. die Umbenennung des Landeskultur- und Vermessungsamtes im Niedersächsisches Kulturamt Braunschweig.

Nds. Amtsbl. Jg. 1949, Nr. 2

61

Siedlungseinteilungsplan von Wiedelah im Rahmen des Siedlungsverfahrens Nordharz von 1962. Aufsiedlung der Domäne Vienenburg mit 12 Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und 5 einheimischen Landwirten, Größe der Siedlerstellen zwischen 22 und 32 ha. Siedlungseinteilungsplan im Maßstab 1:25000 AfA

62

Gehöfte von Neusiedlerstellen nach Entwürfen der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft. Beispiele für die Baugestaltung aus der Zeit von 1930–1970

a. Anlage zu einem Hof von ca. 30 ha in Schliestedt bei Schöppenstedt

Archivfoto NLG um 1940 H 11,5 cm B 16,5 cm

b. Gehöfte und Landarbeiterhaus in Evessen bei Braunschweig um 1950

3 Archivfotos NLG 1952 H 18 cm B 23,5 cm

c. Vollbauernstelle in Hachenhausen bei Bad Gandersheim 1952

Archivfotos NLG 1953 H 12,5 cm B 17,5 cm

d. Vollbauernstelle in Salzgitter-Hohenrode um 1965

Archivfoto NLG H 12,5 cm B 17,5 cm

63

Bundesvertriebenengesetz vom 19. 5. 1953, durch das auch die besonderen Probleme bei der Eingliederung der vertriebenen Landwirte geregelt werden.

Ausgabe München und Berlin 1953. 8°



50a

64

Flurbereinigungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 14. 7. 1953, die rechtliche Grundlage für die moderne Flurbereinigung, die der damals erforderlichen Produktionssteigerung zur Ernährungssicherung Rechnung trägt.

Ausgabe München und Berlin 1956. 8°

65

Erlaß des Nds. M. f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 28. 11. 1973 betr. Umbenennung des Nds. Kulturamtes Braunschweig in Amt für Agrarstruktur Braunschweig.

Nds. Amtsbl. Jg. 1974, Nr. 1

66

Die Aufbewahrung der Separationsunterlagen als Aufgabe des Amtes für Agrarstruktur nach dem Gesetz vom 20. 12. 1834.

BsGVSlg 1835, Nr. 2 8°

67

Neufassung des Flurbereinigungsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 16. 3. 1976, das die veränderten Anforderungen an den modernen Landwirtschaftsbetrieb in Rücksicht zieht und die veränderten strukturellen Verhältnisse und das gesteigerte Natur- und Umweltbewußtsein berücksichtigt.

Bundesgesetzbl. Jg. 1976, Nr. 27

68

Meßarbeiten als wesentlicher Bestandteil der Flurbereinigungsverfahren.

Archivfoto um 1960 H 13 cm B 18 cm
Privatbesitz

69

Gruppenbilder der Belegschaft des Amtes für Agrarstruktur und der Vorgängerbehörden.

Archivfotos von 1950, 1952
Foto: H. Grichtol/AfA 1984 H 18 cm B 24 cm
Privatbesitz

70

Fritz Spangenberg, Volkswirt, langjähriger leitender Mitarbeiter der Behörde.

Archivfoto H 12 cm B 9 cm
Leihgabe von H. W. Spangenberg

71

Horst Hantel, Jurist und Landwirt, mit dem Titel Kulturamtsvorsteher Leiter der Behörde vom 1. 2. 1955 – 31. 12. 1970

Archivfoto H 16 cm B 11,5 cm
Privatbesitz

72

Paul Fichtner, als Vermessungsbeamter von 1923–1958 Mitarbeiter der Behörde, 1945/46 auch Leiter

Archivfoto: Fichtner H 13 cm B 18 cm
Privatbesitz

73

Kombiniertes Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren in Hornburg, durchgeführt unter Berücksichtigung städtebaulicher Gesichtspunkte. Bei 640 – zum Teil mit kleinsten Flächen Beteiligten – und einer Fläche von 2676 ha wurden 9

Siedlerstellen in 2 Weilern und drei Einzelhofanlagen geschaffen. Das Zusammenlegungsverhältnis beträgt zwischen 1:3 und 1:10.

Die Ergebnisse des Verfahrens sind publiziert in einem Faltblatt „Flurbereinigung in Niedersachsen. Hornburg Kreis Wolfenbüttel“, O. O. o. J. (um 1965) Pläne mit Darstellung vor und nach dem Verfahren sowie Plan mit Eintragung städtebaulicher Maßnahmen
3 Pläne/AfA Braunschweig 1:1000

74

Die gegenwärtigen und nach dem 2. Weltkrieg vom AfA Braunschweig bearbeiteten Flurbereinigungsverfahren und Dorferneuerungsmaßnahmen in kartenmäßiger Übersicht.

Die Arbeitsschwerpunkte waren zunächst in den Landkreisen Wolfenbüttel mit den Gebieten Baddeckenstedt, Schladen und Gr. Bruch, Goslar mit dem Gebiet Vienenburg und in den Räumen Braunschweig und Wolfsburg im Zusammenhang mit Anlage der Abwasserverregnung. Nunmehr sind sie in den Kreisen Helmstedt – im Gebiet Grasleben – Gifhorn – im Gebiet Adenbüttel, Seershausen und entlang der Kleinen Aller – und im Zusammenhang mit den im Bau befindlichen bzw. geplanten Bundesautobahnen BAB A 39 und A 395.

Dorferneuerungsmaßnahmen werden in verschiedenen Dörfern des Dienstbezirkes durchgeführt.

Entwurf und Ausführung AfA Braunschweig 1:10000

75

Die gegenwärtigen Hauptaufgaben des AfA in tabellarischer Übersicht.

Wie zur Zeit der Landesökonomiekommission ist die Verbesserung der Agrarstruktur auch heute Hauptaufgabe des AfA.

Neben den Flurneuordnungen, bei denen Zusammenlegungen ein wichtiges Element darstellen, sind Dorferneuerungsmaßnahmen und die Mitförderung von Einzelbetrieben Aufgabe des AfA. Ein wesentliches Ziel ist nach wie vor die Zusammenlegung von Eigentumsflächen. Die guten Entwürfe des letzten Jahrhunderts ermöglichen es grund-

sätzlich am damals angelegten Wege- und Gewässernetz festzuhalten und dieses zumeist nur den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dabei wird den Belangen der Ökologie Rechnung getragen.

Heutiger Anlaß zu Flurneuordnungen sind vielfach Neuanlagen und Änderungen von Verkehrswegen.

Entwurf und Ausführung: AfA Braunschweig H 50 cm B 60 cm

VI. Traditionelles Bauen auf dem Lande

Für unseren Raum ist bis in das ausgehende 19. Jh. der Fachwerkbau charakteristisch geblieben. Als Bauholz diente langhin Eichenholz, an dessen Stelle wegen seiner Verknappung bereits seit dem 18. Jh. überwiegend Fichtenholz getreten war. Die Gefache waren langhin durch Flechtwerk mit Lehmewurf, dann, vornehmlich im 18. Jh., durch an der Luft getrocknete Ziegel gefüllt und weiß gekalkt.

Erst seit dem Beginn des 19. Jhs. verwandte man in nennenswertem Umfang für das Mauerwerk Backsteine. Erst seit dem 19. Jh. auch wurde das Weichdach aus dem wenig dauerhaften Roggenstroh vom Ziegeldach abgelöst. Im Gebiet nördlich Braunschweigs erfolgte der Übergang im Ganzen später als im Bereich südlich der Stadt.

Durch das Braunschweigische verlief von Ost nach West, etwa der heutigen Bundesstraße 1 entsprechend, die Grenze zwischen zwei grundverschiedenen Bauernhaustypen, dem Niederdeutschen Hallenhaus (vgl. Kat.-Nr. 76), und dem mitteldeutschen Gehöft. Ersteres ist bis zum vorigen Jahrhundert nur allmählich nach Norden zurückgewichen, dann aber von dem mitteldeutschen Gehöftyp stark verdrängt worden. Dieser besaß mit seiner im Gegensatz zum Hallenhaus deutlichen Trennung in Wohn- und Wirtschaftsteil von vornherein einen größeren Wohnwert als das Hallenhaus. In einem breiten Übergangsgebiet erscheint seit dem ausgehenden 18. Jh. zunächst vereinzelt, seit dem Beginn des 19. Jhs. aber häufiger und besonders in kleinen Wirtschaften das Querdeelenhaus (vgl. Kat.-Nr.).

Von den Bauernhäusern weichen nach Größe und Gliederung die erhaltenen Brinksitzer- und Anbauerhäuser deutlich ab, deren Besitzer nur wenig Vieh hielten und nur geringen Lagerraum für die Ernte benötigten (vgl. Kat.-Nr. 91 ff.)

76

Bauernhausformen in Niedersachsen

Übersichtskarte, die an Hand von Beispielen die typischen Bauformen der einzelnen Hauslandschaften zeigt.

Der äußerste Nordwesten Niedersachsens wird gekennzeichnet durch das friesische Gulfhaus, in dem Wohn- und Wirtschaftsteil, durch eine Quermauer voneinander getrennt, unter einem Dach vereint sind. Der Hauptzugang erfolgt durch ein großes Tor und eine kleine Tür im Wirtschaftsgiebel. Das Seitenschiff hinter letzterer nimmt das Vieh auf, das andere Seitenschiff die Tenne, während im Mittelschiff vorn die Pferde stehen, dahinter aber erdlastig in den sogenannten, „Gulfen“, die Ernte eingelagert wird. Das niederdeutsche Hallenhaus, die zweite in Niedersachsen verbreitete ländliche Hausform, ist in ihren unterschiedlichen Ausprägungen typisch für den größten Teil des Landes mit Ausnahme des Nordwestens und des Südostens. Die Varianten des Hallenhauses lassen sich nach ihrem Baugefüge auf die Grundformen des Zwei-, des Drei- und des Vierständerhauses zurückführen. Die Bezeichnungen gehen darauf zurück, ob zwei, drei oder vier in Längsrichtung aufgestellte Ständerreihen die Dachkonstruktion tragen. Die Ständerreihen gliedern das Haus in drei Schiffe. Im Wirtschaftsteil enthalten die Seitenschiffe die Viehstände, das hohe Mittelschiff aber nimmt die lange Deelee ein. An ihrem rückwärtigen Ende, im Flett, lag ursprünglich die offene Herdstelle. Wenn ein besonderer Wohnteil mit Kammern, das Kammerfach, im Hallenhaus vorhanden war, schloß dieser sich im größeren Teil des Gebietes hinten an die Deelee an, von der aus die Zimmer zugänglich waren. Im südöstlichen Niedersachsen wurde bereits mindestens seit dem 17. Jh. die Herdstelle nicht mehr auf der Deelee angelegt, sondern in einem besonderen Küchenraum im Wohnteil untergebracht. Seit dem 19. Jh. wurde zwischen Wohn- und Wirtschaftsteil oft eine Trennwand errichtet. Vornehmlich im Weserbergland befanden sich die Wohnräume vorn im Hallenhaus, die Deelee zog sich von vorn nach hinten durch das gesamte Haus („Durchgangsdeelenhäuser“). Das mitteldeutsche Gehöft, das im südlichen Niedersachsen verbreitet war, erscheint auf kleineren Höfen als Einhaus, das an der Traufenseite als der Hauptfront besondere Zugänge zu Wohnteil, Ställen und Tenne besitzt. Mit steigender Hofgröße, aber auch mit den Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft seit dem ausgehenden 18. Jh. erscheinen als weitere Formen des mitteldeutschen Gehöftes

Zweiseit-, Dreiseit- und Vierseithöfe, so benannt darnach, wieviel Hofseiten von Gebäuden bestanden sind. Je nach Anzahl der Gebäude, sind nur noch der Wohnteil oder dieser und Ställe, oft nur noch die Pferdeställe, im Hauptgebäude untergebracht bzw. Scheune und alle Ställe oder ein Teil davon in besonderen Bauten.

Entwurf und graphische Gestaltung der Karte Lutz Pape
H 139,5 cm 18,5 cm

77

Bauaufnahme des Hofes ass. 9 in Denstorf bei Braunschweig, offenbar eines alten Kothofes, der aber im 18. Jh. und zu Beginn des 19. Jhs. als Brinksitzerstelle ausgewiesen ist.

Wohn- und Wirtschaftsteil des zweigeschossigen Baues, der nachträglich verlängert wurde, sind unter einem Dach vereinigt und von der Traufenseite her zugänglich. Der Hauptteil des Baues stammt vermutlich aus dem Beginn des 17. Jhs. Noch 1870 hatte das Gebäude ein Strohdach.

Originalmaßstab der Bauaufnahme 1:50
Aufgenommen von G. Morys/LMB

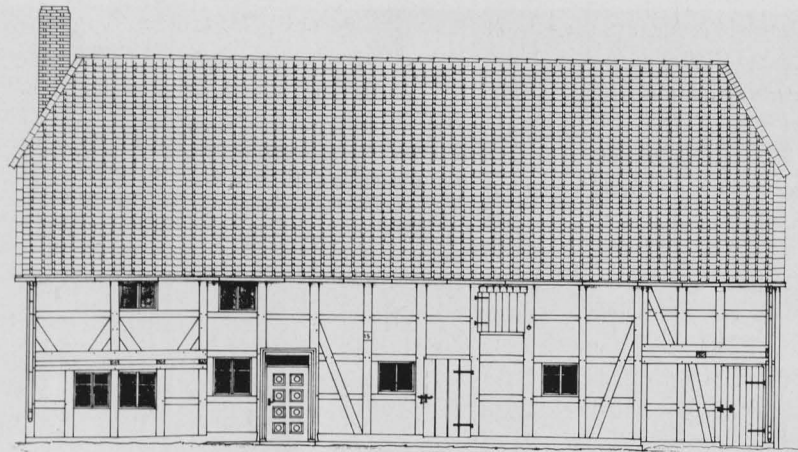
78

Teilansicht des Hauptgebäudes von 1756 des ehemaligen Kleinkothofes ass. 88 in Broistedt bei Salzgitter-Lebenstedt, zu dem um 1750 42 3/8 Morgen Ackerland gehörten. Beispiel für den mitteldeutschen Hofotyp mit Wohnung und Stallungen unter einem Dach mit den Zugängen von der Traufenseite her, zur Zeit der Fotoaufnahme als Landarbeiterwohnung genutzt.

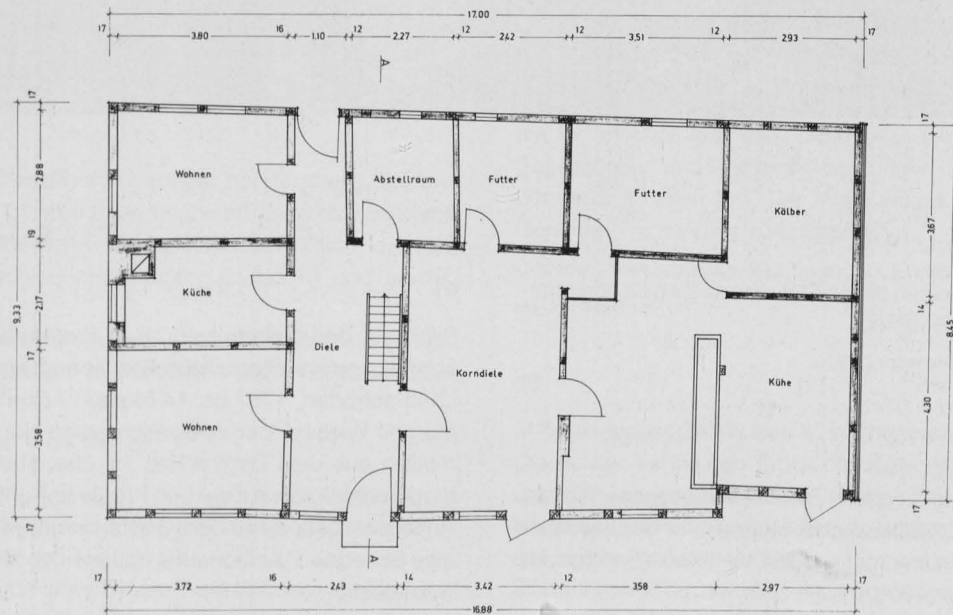
Foto von R. Rieger um 1940 H 18 cm B 24 cm
IfD Hannover: Neg. 230

79

Teilansicht eines Bauernhauses in (Salzgitter-)Barum mit großer Wasserpumpe davor. Während im Bereich des niederdeutschen Hallenhauses langhin Zieh- und Wippbrunnen der Wasserversorgung dienten, traf man im Gebiet des mitteldeutschen Gehöfts, in dem Barum liegt, häufiger auf Handpumpen, durch die das Wasserschöpfen erleichtert



77



77



81

war. Ihre Pfähle waren oft als Statussymbole prächtig gearbeitet, wie unser Beispiel.

Foto: R. Rieger um 1940 H/B ca. 17 cm
IfD Hannover: Neg. 330

80

Mitteldeutsche Hofanlage in Mönchevahlberg bei Wolfenbüttel. Das Hauptgebäude mit Wohn- und Stallteil ist in mehreren Phasen errichtet worden, der älteste Bereich des Wohnteiles ist von 1706.

Foto eines Unbekannten von 1952 (?) H 12,5 cm B 17,5 cm
IfD Hannover: Neg. 4728

81

Blick auf das Gehöft ass. 16 in Sonnenberg bei Braunschweig, einem ehemaligen Großkothof, zu dem 1915 8 ha Land gehörten, 1767 ca. 14 Morgen Ackerland und ca. 18 Morgen Wiesen. Der zweigeschossige Hauptbau, der vermutlich aus dem Beginn des 18. Jhs. stammt, vereinigte den Wohnteil sowie Kuh- und Pferdestall unter einem Dach. Außerdem gehörte zu dem Gehöft bereits Mitte des 18. Jhs. eine Scheune. Alle Gebäude hatten noch Mitte des 19. Jhs. Strohdächer.

Foto: R. Rieger um 1940 H 18 cm B 24 cm
IfD Hannover: Neg. 322

32

Nebeneinanderliegende Eingänge zur Tenne und zum Wohnteil im Querdeelenhaus ass. 25 in Grafhorst bei Wolfsburg, das nach der Bauinschrift 1837 errichtet worden ist und zwar anstelle eines Hallenhauses. 1757 befanden sich auf dem Hof zwei strohgedeckte Gebäude, das Hallenhaus ohne Schornstein und ein „Nebenstall“. Ehemaliger Kothof, zu dem 1925 10 ha Land gehörten, 1757 ca. 22 Morgen Ackerland, ca. 20 Morgen Wiesen.

Foto: R. Rieger um 1940 H 18 cm B 24 cm
IfD Hannover: Neg. 206

83

Bauaufnahme des Hofes ass. 31 in Garfhorst bei Wolfsburg, eines ehemaligen Kothofes, der 1983 abgebrochen worden ist. Der Bau vom Typ des Querdeelenhauses stammt aus dem Anfang des 19. Jh. und hat ein niederdeutsches Hallenhaus verdrängt.

Originalmaßstab der Bauaufnahme 1:50
Aufgenommen 1979 von C. D. Lenk/LMB

84

Blick in einen Vierseithof in Hedeper bei Hornburg. Das unter Denkmalschutz stehende Fachwerkensemble wirkt mit seinen weiß gekalkten Gefachen sehr einheitlich, wiewohl seine Teile verschiedenen Bauphasen des 18. und des 19. Jhs. angehören.

Der Hof ist bereits vor längerer Zeit mit einem anderen vereinigt worden. Seitdem dienten seine Gebäude als Landarbeiterwohnung.

Foto: L. Pape 1983 H 43 cm B 61 cm

85

Wohnstallgebäude eines Dreiseithofes in Lelm am Elm, aus dem Anfang des 19. Jhs. Vor dem Boden über dem Stallteil des Baues verläuft eine offene Galerie mit einer verzierten

Balustrade. Diese Bauform ist im Elmgebiet und in der östlich anschließenden Magdeburger Börde häufiger anzutreffen.

Foto: L. Pape 1983 H 50 cm B 61 cm

86

Dorfbild aus Ohrum bei Wolfenbüttel mit Blick auf die Hauptgebäude einer mitteldeutschen Gehöftanlage. Die verhältnismäßig enge Bebauung und die Giebelständigkeit der Gebäude ist kennzeichnend für diese Region. Das Hauptgebäude besteht aus mehreren, nacheinander errichteten Gebäudeteilen, wie es häufiger zu beobachten ist.

Ölbild auf Holz von W. Reinecke, Mitte 20. Jh. H 60 cm B 78 cm
LMB: LMB 22290

87

Cramme bei Wolfenbüttel im Luftbild, das alte Dorf mit seinen mitteldeutschen Hofanlagen und Anbauerstellen ist inzwischen um zahlreiche Neubauten erweitert, deren Bewohner vor allem im Salzgittergebiet Arbeit gefunden haben.

Beherrscht wird das Bild von der großflächigen Ackerflur, die ihr heutiges fast völlig baumloses Gepräge durch die Separationen und Gemeinheitsteilungen des vorigen Jahrhunderts erhalten hat. Der Wald wurde damals an den Rand der Gemarkung zurückgedrängt.

Luftbilder: Freigegeben Bez.-Reg. Bs am 5. 11. 84 unter der Nr. Brg. 5156/10 und Nr. Brg. 5156/11

88

Mitteldeutsches Gehöft ass. 36 in Cramme bei Wolfenbüttel. Die Anlage vertritt den Typus des Zweiseithofes in einer in unserem Raum verbreiteten Form. Der langgestreckte Hauptbau enthält den geräumigen Wohnteil von 1772 und den im Hausinneren durch einen Gang damit verbundenen Stallteil von 1802, der aber auch gesonderte Eingänge von außen hat. Über den Ställen befindet sich Bodenraum, der zum Einlagern von Getreide und Heu benutzt wird. An der

gegenüberliegenden Hofseite liegt eine langgestreckte Durchfahrtscheune mit Tenne und Banse sowie weiteren Ställen (von 1715), der 1772 ein kleiner Holzstall angefügt worden ist. Um 1925 wurden von diesem Hof aus ca. 15 ha Ländereien bewirtschaftet, davon mehr als 90 % Ackerland.

- a. Modell im Maßstab ca. 1:20 nach einer Originalbauaufnahme erstellt von der Modellbaufirma Werner Birmann, Nürnberg
b. 2 Fotos I. Veit/LMB 1984 H 30 cm B 40 cm

89

Kirche mit Pfarrhof in (Salzgitter-)Barum als Beispiel für die Anlage des Pfarrgrundstücks zur Nutzung als Landwirtschaft. Neben dem Wohnhaus liegt ein Wirtschaftsgebäude mit Scheune und Stallungen unter einem Dach, wie es dem Typ des mitteldeutschen Gehöfts entspricht.

- a. Entwurfszeichnung für eine Ansichtstasse mit Kirche und Pfarrhof. Aquarellierte Federzeichnung H 10 cm B 15,5
b. Ansichtstasse mit Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude. Ungemarkte Tasse mit glockenförmiger Kuppa. H 8 cm D (oben) 8 cm Stadt- und Kreisheimatmuseum Wolfenbüttel: o. Nr./Z 3090

90

Blick auf die 1874 abgebrochene Kirche und das Pfarranwesen in Westerlinde bei (Salzgitter-)Lebenstedt. Der Pfarrhof mit seinen Fachwerkbauten zeigt die Anlage des zur Straße abgegrenzten mitteldeutschen Gehöfts mit Durchfahrtsscheune, die dem Hauptgebäude gegenüberliegt.

- Ansichtstasse, Blaumarke der Manufaktur Fürstenberg und Bezeichnung „71“ H 6,8 cm D (oben) 10,2 cm
LMB: 24730

91

Grundstücksplan und Bauaufnahme des Anbaueranwesens ass. 94 in Süpplingen bei Helmstedt. Das Anwesen gehört zu einer Zeile 1½ geschossiger Häuser, die nach einheitlichem Plan Ende der 1770er Jahre an der Ausfall-

straße des Dorfes nach Braunschweig errichtet worden sind. Der Wohnwert war recht gering, zumal offensichtlich jedes Haus von zwei Familien bewohnt wurde, für die im Erdgeschoß insgesamt vier Räume, im Obergeschoß zwei vorhanden waren. Die Kochstelle befand sich auf der kleinen Diele. Hinter dem Haus befanden sich ein kleiner Hof, an dem ein Stall für Kleinvieh und Vorräte lag, dahinter ein Garten. Hof und Garten hatten keinen direkten Zugang. So mußte das Vieh (Ziegen, Schweine) durch das Haus in den Stall geführt werden, durch das man auch Stroh und Heu transportieren mußte.

- Originalmaßstab der Bauaufnahme 1:50
Aufgenommen 1983 von G. Morys/LMB

92

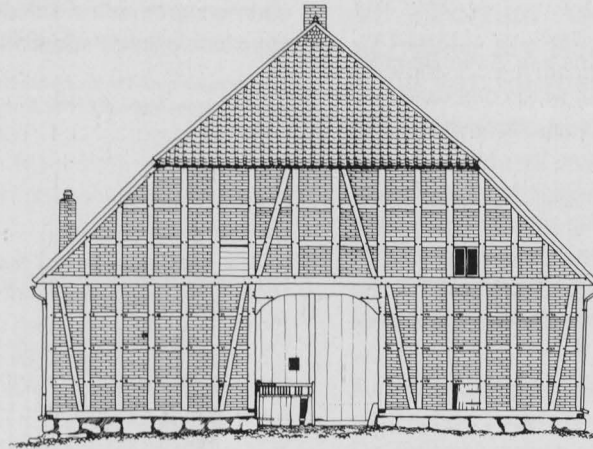
Arbeiterhaus in Jelpke bei Wolfsburg, vermutlich aus dem Beginn des 19. Jhs. 1982 abgebrochen. Das eingeschossige Gebäude mit Dachgaube, hatte im Erdgeschoß einen Stall für Kleinvieh sowie Wohn- und Schlafräume, gekocht wurde auf der Diele. Vorräte an Heu und Stroh konnten auf dem Dachboden eingelagert werden. Das Haus mit nur 5 Räumen diente zeitweise zwei Familien als Wohnung und veranschaulicht die schlechte Wohnsituation der Landarbeiter. Jelpke gehört an sich zum Gebiet des niederdeutschen Hallenhauses, in dem man offensichtlich zuerst für Arbeiterhäuser von dessen traditioneller Bauform abwich.

- a. Foto: M. Wiswe 1981 H 18 cm B 24 cm
b. Bauaufnahme von M. Marklein/LMB 1982

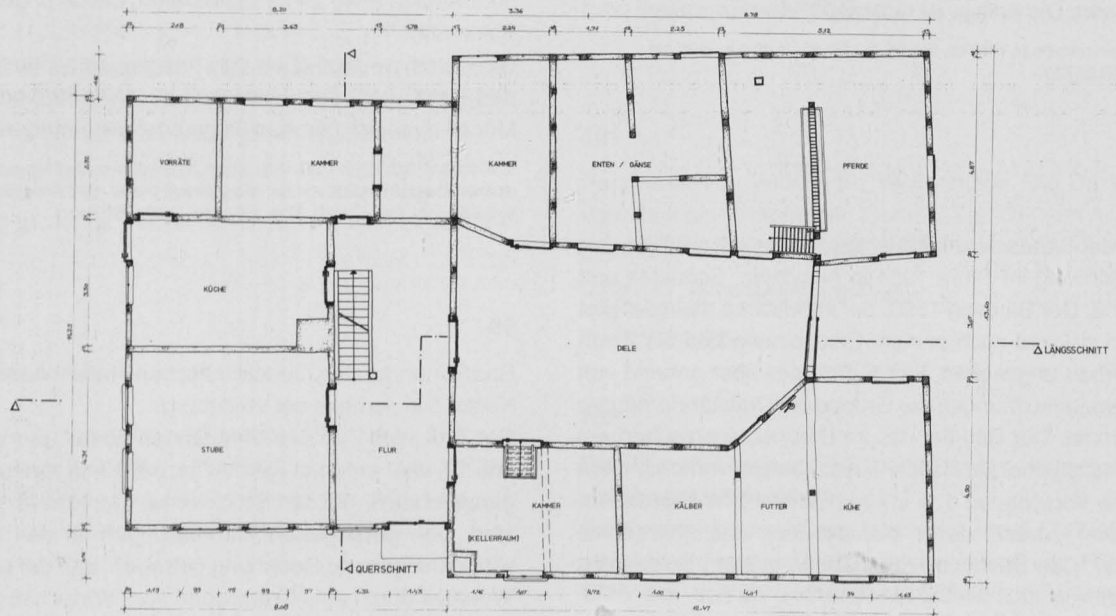
93

Zeile mit 1 und 1½ geschossigen Häusern in Danndorf bei Wolfsburg an der Ausfallstraße nach Grafhorst, errichtet nach einheitlichem Plan um 1860. Ein Teil dieser Anbauer betrieb, teils mit Pachtland und nebenberuflich eine kleine Landwirtschaft. So gehörten zum Anwesen ass. 45 1925 5 ha Land, zu ass. 41 6 ha.

- Foto: R. Rieger um 1940 H 18 cm B 24 cm
IfD Hannover: Neg. 216



98



98

35

Bauaufnahme des Anbaueranwesens ass. 54 in Bergfeld bei Wolfsburg. Nach der Bauinschrift wurde das Querdeelenhaus 1866 neu errichtet, damals ist offensichtlich das Anwesen auch erst begründet worden. Verglichen mit den Anbauerhäusern in Süplingen und Danndorf (Kat.-Nr. 92, 93) ist dieses Beispiel verhältnismäßig aufwendig und groß. Die großen Wirtschaftsräume lassen auf den Betrieb einer vollen Landwirtschaft schließen, deren Größe nicht zu ermitteln war. Die letzten Inhaber waren als Arbeiter tätig.

Originalmaßstab der Bauaufnahme 1:50
Aufgenommen 1983 von G. Morys/LMB

95

Impression aus Wendhausen bei Braunschweig, Blick auf einen Bauernhof mit strohgedecktem niederdeutschen Hallenhaus und halb davor – einem Wirtschaftsgebäude mit Durchfahrt. Die Anlage ist nicht mehr identifizierbar.

Aquarellskizze von H. Pfeiffer, dat. 26.5. (18) 80 H 36 cm B 26 cm
LMB: LMB 23720

96

Niederdeutsches Hallenhaus ass. 22 in Wendeburg bei Braunschweig im Jahre 1954 in Ansichten, Schnitten und Grundriß. Der Bau von 1693, der inzwischen neu gestaltet worden ist, wird nach seinem Erscheinungsbild als Zweiständerbau angesehen, von F. Brandes aber anhand von Gefügeuntersuchungen der Gruppe der Dreiständerhäuser zugeordnet. Der Bau hat das im Braunschweigischen am Wirtschaftsgiebel der Hallenhäuser häufiger vorkommende seitliche Vorschauer, d. h. in einer Giebelhälfte liegt die Außenmauer zurück, davor befindet sich das überdachte Schauer. Das Dach wird durch einen starken Eckpfosten gestützt.

In unserem Wendeburger Beispiel sind der eingeschossige Wohnteil und der Wirtschaftsteil nicht getrennt. Jedoch gibt

es in ersterem einen besonderen Küchenraum, der noch 1954 eine offene Feuerstelle besaß.

Zeichnungen nach Originalaufmaß von F. Brandes, dat. 1954
Verschiedener Maßstab H 37,5 cm B 53,2 cm
LMB: Archiv

97

Niederdeutsches Hallenhaus ass. 54 in Bortfeld bei Braunschweig

Der Bau, der um 1774 errichtet worden ist, ist ein typisches Beispiel für das Vierständerhaus mit Vorschauer in der Mitte, wie es auf größeren Höfen in unserem Raum häufiger vorkommt. Wohn- und Wirtschaftsteil liegen ungetrennt unter einem Dach. Der Wohnteil ist zweistöckig. Unter- und Obergeschoß sind getrennt abgezimmert. Vor den Zimmern in letzterem verläuft eine offene Galerie, die man über eine Stiege erreicht.

Unser Hof zählte zur Kategorie der Großkothöfe. 1925 gehörten dazu etwa 24 ha Ländereien, davon ungefähr 80 % Ackerland.

Die Fotos verdeutlichen den jetzigen schlechten Zustand des Gebäudes, das wiederholt ausgebessert wurde. Das Modell dagegen gibt den Originalzustand wieder.

a. Modell im Maßstab 1:20 nach einer Originalbauaufnahme und dem historischen Befund erstellt von der Modellbaufirma W. Birmann, Nürnberg
b. 2 Fotos: L. Pape 1983 H 30,5/51 cm B 40,5/60,5 cm

98

Bauaufnahme des niederdeutschen Hallenhauses. An der Kirche 5 in Jembke bei Wolfsburg.

Der Bau vom Typ des Vierständerhauses, der zu Beginn des 19. Jhs. errichtet worden ist, hat einen zweigeschossigen Wohnteil, dessen Stockwerke getrennt abgezimmert sind. Den gesteigerten Anforderungen an den Wohnwert wird dahingehend Rechnung getragen, daß der eigentliche Wohnteil durch eine Trennwand vom Wirtschaftsteil abgetrennt ist. Eine Tür stellt die Verbindung zwischen beiden Bereichen her.

In zwei nur von der Wirtschaftsdeele aus zugänglichen Kammern dürften Knechte und Mägde untergebracht gewesen sein.

Originalmaßstab der Bauaufnahme 1:50
Aufgenommen 1982 von M. Marklein/LMB

99

Hof Sander ass. 35 in Golmbach bei Holzminden, wie er sich 1935 darbot, ist allmählich mit wachsendem Raumbedarf errichtet worden. Vorn links das Hauptgebäude vertritt den Typus des Durchgangsdeelenhauses, in dem die Wohnräume hinter der straßenseitigen Giebelfassade angeordnet sind. Im Hintergrund in der Mitte erkennt man ein großes Wirtschaftsgebäude mit Scheune und Viehställen, vorn links aber ein kleines Wohngebäude, wohl als Altenteilersitz genutzt.

Ölbild auf Holz von F. A. Sander, dat. (19)31 H 50,5 cm B 60 cm
LMB: LMB 22275

100

Dorfstraße in Warbsen bei Holzminden um 1910, niederdeutsche Hallenhäuser mit dem Wohnteil an der Straßenseite, wie sie für das Oberwesergebiet typisch sind.

Foto von G. Meyer um 1910 H 44 cm B 60 cm
LMB: VM 51900

VII. Volzum und Hordorf bei Braunschweig als Beispiele für die Durchführung von Flurbereinigungen

In den Dörfern Hordorf und Volzum sind im 19. Jahrhundert Separationen und in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Flurneuordnungsverfahren durchgeführt worden. Die Feldmarken der Dörfer sind von unterschiedlicher Bodenqualität. Während in Hordorf schwerer Ton vorherrscht, gehört Volzum zur Lößbörde. Bereits bei den Separationen führte dies zu unterschiedlichen Ergebnissen. In Volzum wurde ein linealisches Wegenetz angelegt und die Ackerflur stark zusammengelegt. In Hordorf war dies mit Rücksicht auf die Bodenverhältnisse nicht möglich.

Die Beispiele zeigen aber auch den Wandel in der Durchführung von Flurneuordnungsverfahren im Hinblick auf die Ökologie in den letzten 100 Jahren.

Während im letzten Jahrhundert ausschließlich ökonomische Gesichtspunkte beherrschend waren, werden in der Gegenwart auch Biotope und Anpflanzungen zur Bereicherung der Landschaft angelegt.

101

Panorama von Volzum bei Wolfenbüttel. Die Darstellung vermittelt einen treffenden Eindruck von der vom Ackerbau geprägten ostbraunschweigischen Landschaft.

Ölbild von F. Eschemann Anfang 20. Jh.
H 36 cm B 87 cm
Privater Leihgeber

102

Die Durchführung der General-Landes-Vermessung in Volzum bei Wolfenbüttel

Die Feldmark von Volzum wurde zunächst 1747/48 allgemein vermessen unter Zusammenlegung von Parzellen, 1755 der damals vorhandene Status spezialvermessen und nachreguliert. Es ist eine verhältnismäßig großgliedrige linealisch parzellierte Gewannflur entstanden unter starker

Veränderung des Zustandes der Ackerflur vor der Vermessung.

Kopie des Flurplanes von Volzum von 1826 von C. Krüger nach einer Originalaufnahme von 1772 von C. F. Heckel
NdsStWf: K 3633

103

Die Separation in Volzum bei Wolfenbüttel, ausgeführt zwischen 1852 und 1862.

Gegenstand der Auseinandersetzung waren die Aufhebung der Weideberechtigung der Gemeinde Hachum auf Teilen der Feldmark von Volzum, die Aufhebung der gemeinschaftlichen Schäfarei, Hirten- und Samenviehhaltung sowie die Spezalseparation unter den in Volzum Berechtigten.

Volzum besaß damals Kirche, Schule, Gemeindegemeindehaus sowie 2 bebaute und 1 wüsten Ackerhof, 8 Halbspänner- und 6 Kothöfe, außerdem das als Anbauerstelle verkaufte Pfarrwitwenhaus.

Die Feldmark Volzum hatte 428 ha Fläche. Vor der Separation gab es hier in Privatbesitz 368 ha in 613 Stücken, danach aber 405 ha in 134 Stücken. Die Zunahme des privaten Grundbesitzes in Verbindung mit der Spezialteilung ist prozentual deutlich geringer als in Hordorf (s. u.). Das ist charakteristisch für die unterschiedliche Agrarstruktur in den Lößgebieten und in den für den Ackerbau weniger günstigen Bereichen nördlich Braunschweigs. Die Durchschnittskosten der Volzumer Separation beliefen sich pro ha auf 31 Mark 3 Pfennig.

a. „Receß über die Separation zu Volzum“, ausgefertigt 1862.

Hs., Halblederbd. 2°

Katasteramt Braunschweig

b. Dorf- und Flurplan mit der Besitzeinteilung nach der Separation, vermessen 1853, kopiert 1854 von „Landes-Oconomie-Geometer C. v. Holwede“

Maßstab 1 : 3000

NdsStWf: K 5522

104

Ablösungsrezeß vom 11. 8. 1842 über den Meierzins, den der Halbspänner F. Behrens von seinem Hof ass. 2 in Volzum an das Domstift St. Blasius in Braunschweig zu ent-

richten hatte. Dieser hatte im Wechsel jährlich als Meierzins 3 Himten Roggen und 4 Himten Hafer bzw. 4 Himten Roggen und 3 Himten Hafer zu liefern. Als Ablösungssumme hatte Behrens dafür 84 Taler 18 Gute Groschen 3 Pfennig zu bezahlen.

Hs. 2°

NdsStWf: 91 Neu Fb. 3 Nr. 3067

105

Gesetz vom 9. 4. 1880 betr. die Zuordnung einer Wegestrecke im Zuge der alten Verbindungsstraße Wolfenbüttel-Hachum teils zur Gemeinde Dettum, teils zur Gemeinde Volzum. Folgemaßnahme der Separation.

BsGVSlg Jg. 1880, Nr. 9

106

Landwirtschaftsbetrieb im 2. Drittel des 20. Jh. in Volzum bei Wolfenbüttel, dokumentiert von Landwirt C. Schweinhagen (†). Bei einem für damalige Zeit relativ hohen Stand der Technisierung, stand der Ackerbau in Volzum wie auch sonst im Braunschweiger Lößgebiet im Vordergrund. Aber auch die Viehhaltung spielte eine vergleichsweise beachtliche Rolle. Das Pferd als Zugtier war nur erst zu einem geringeren Teil durch den Traktor verdrängt worden.

Fotos: C. Schweinhagen H 18 cm B 24 cm

Privatbesitz

107

Blick über Volzum zum Elm. Die Flur erhielt ihr heutiges Gepräge durch die Separation des vorigen Jahrhunderts. Gebüschstreifen begleiten insbesondere die Wasserläufe.

Foto 1984 H 24 cm B 30 cm

Freigegeb. durch Bez.-Reg. BS am 5. 11. 84 unter Nr. 5156/12

108

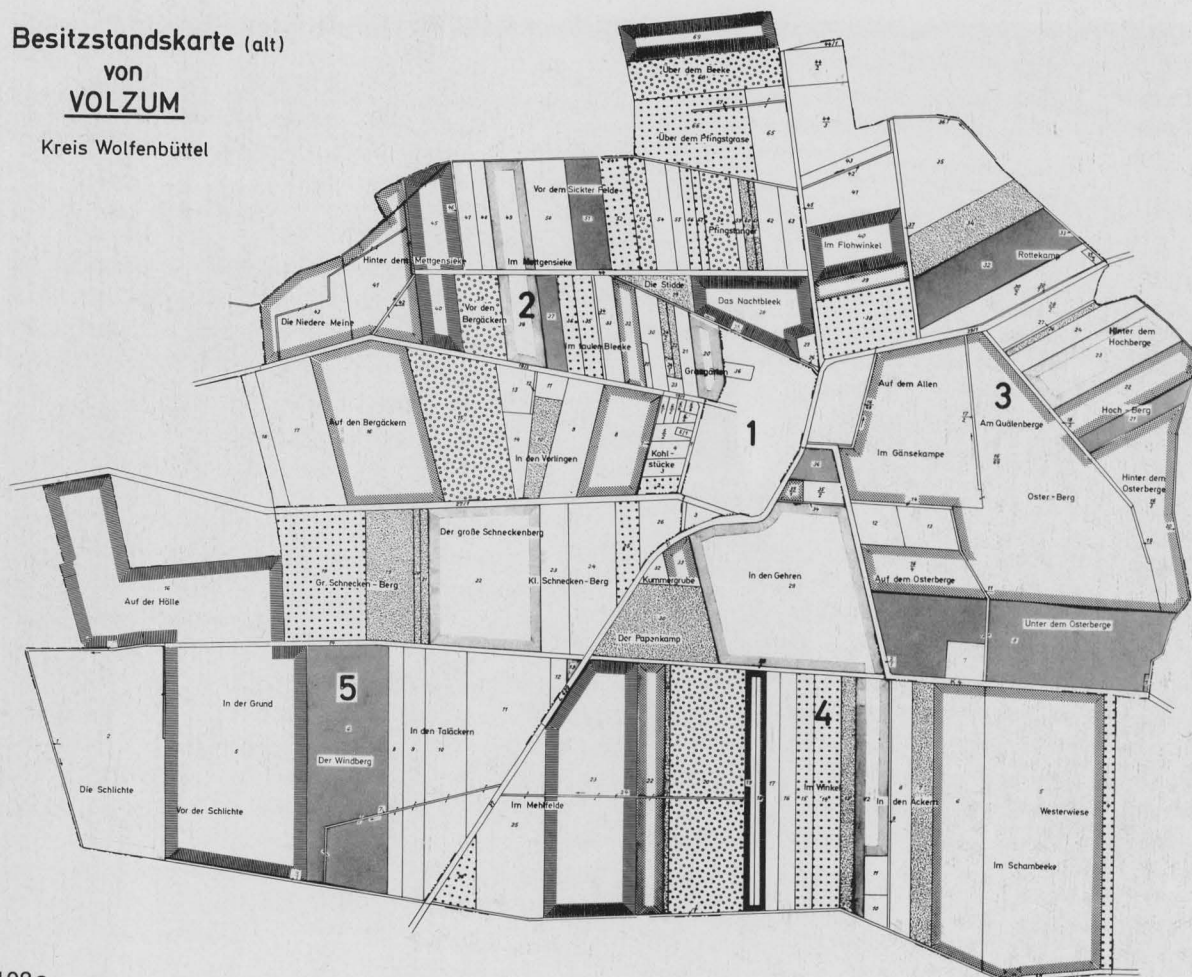
In Volzum bei Wolfenbüttel wurde zwischen 1967 und 1973 ein „Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren“ auf ca.



103b

Besitzstandskarte (alt)
von
VOLZUM

Kreis Wolfenbüttel



Legende

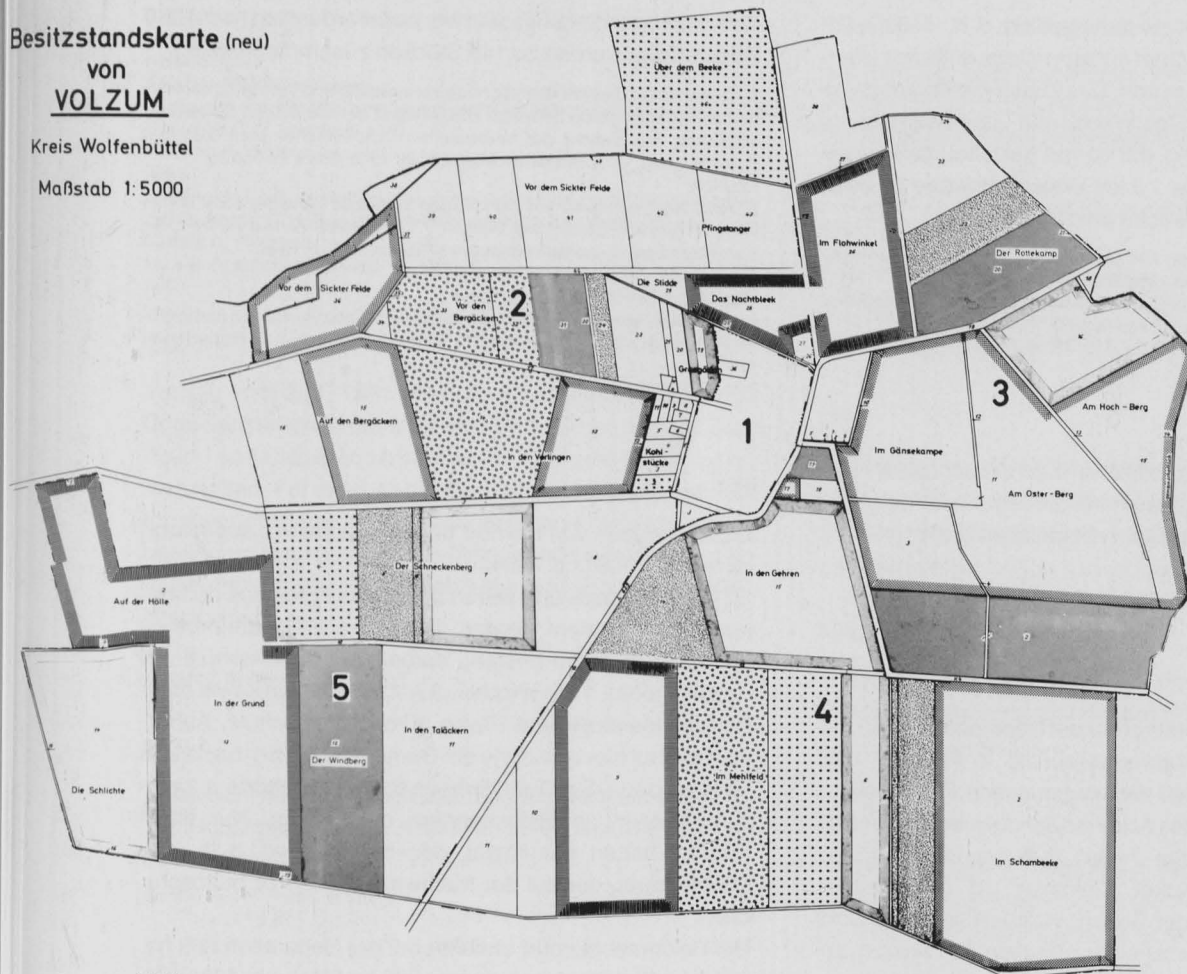
	Eigenümer
[Pattern A]	A
[Pattern B]	B
[Pattern C]	C
[Pattern D]	D
[Pattern E]	E
[Pattern F]	F
[Pattern G]	G

108a

Besitzstandskarte (neu)
von
VOLZUM

Kreis Wolfenbüttel

Maßstab 1:5000



Legende

	Eigentümer
	A
	B
	C
	D
	E
	F
	G

108b

420 ha Acker- und Grünland durchgeführt, d. h., daß die Zusammenlegung der Flächen auf dem Wege gütlicher Übereinkunft vorgenommen wurde. Das Zusammenlegungsverhältnis beträgt 2,4 : 1. Das Wege- und Gewässernetz vor dieser Zusammenlegung war so gut gestaltet, daß es nur erforderlich erschien, ca 1,3 km Wirtschaftswege zu befestigen und ca. 0,8 km Gräben auszubauen.

a. Kartographische Darstellung des Besitzes von 7 Grundstückseigentümern zu Beginn der „Beschleunigten Zusammenlegung“.

b. Kartographische Darstellung des Besitzstandes der gleichen Grundstückseigentümer nach der Zusammenlegung.

Entwürfe: AfA 1 : 5000

109

Sickte, Hordorf und Schandelah in ihrer Landschaft als Beispiele für den Siedlungsraum nördlich Braunschweigs mit seinen überwiegend weniger ertragreichen Böden.

Luftbilder 1984 H 24 cm B 30 cm

Freigegeb. durch Bez.-Reg. BS am 5. 11. 84 unter Nr. Brg. 5156/24–26.

110

Flurbereinigungen in Hordorf vor der Separation des 19. Jh. Die General-Landes-Vermessung, die in Hordorf 1755 durchgeführt wurde, ließ die vorgefundene Flureinteilung und die Parzellierung des Ackerlandes unverändert (vgl. b). Als Gründe dafür werden „hohe“, d. h. hoch aufgepflügte, „schlangenförmige“ Äcker, „leimiger“, d. h. lehmiger, schwer zu bearbeitender Boden, viele keilförmige Stücke und Gras- und Gebüschstreifen zwischen den Äckern, sogenannte Legden, angeführt. Entsprechend beschreibt der Ortsgeistliche Carl Venturini 1815 (vgl. a) die Situation, die er vorgefunden und dem Ertrag sehr abträglich befunden hatte. Dank Venturinis Bemühungen fand unter fachlicher Ausführung durch den Kammerbaukondukteur Hinze von 1813–1815 eine Flurzusammenlegung beträchtlichen Ausmaßes in Hordorf statt, die Venturini in dem o. a. Aufsatz beschreibt.

Jedes Jahr wurde eine Abteilung der Dreifelderwirtschaft neu aufgeteilt. Freilich beteiligten sich die Kotsassen mit ihren Außenländereien nicht.

Der Zusammenlegungssatz war außerordentlich hoch: 690 Ackerstücke wurden zu 145 Stücken zusammengefaßt.

a. Venturini, C.: „Bericht über die neue Vermessung und Verteilung der Hordorfer Feldmark durch freiwillige Übereinkunft der sämtlichen Gemeindeglieder. Ein Beitrag der verbesserten Landwirtschaft im Herzogtum Braunschweig.“ In: Braunschw. Magazin Jg. 1815, Stück 27 und 28

Druck 4°

b. Ausschnitt aus dem Plan „von Hordorf im Amte Campen, nebst denen Äckern, Angern, Gärten und Wiesen . . . auf Befehl der Landesvermessungskommission spezial vermessen 1755 von S. G. F. Heim“

Foto von der Originalhandzeichnung

NdsStWf: K 3366/Foto: Chr. Treptow

c. „Karte der Feldmark Hordorf, wie solche Felder neu vermessen und in größeren Breiten zusammengetauscht“, aufgenommen von J. C. Hinze 1813–1815.

NdsStWf: K 3367

111

Die Separation von Hordorf bei Braunschweig, ausgeführt zwischen 1848 und 1856.

An der Generalteilung waren die Berechtigten aus den benachbarten Dörfern Hordorf, Essehof und Schapen beteiligt. Hordorf selbst bestand damals aus 4 Ackerhöfen, 8 Großkothofen, 1 Kleinkothof, 3 Anbauerstellen sowie einer Neuanbauerstelle und Pfarre, Kirche und Schule. Außerdem gab es hier damals je ein Gemeindehirten-, -back- und -spritzenhaus. Das Schäferhaus dagegen gehörte nur den Ackerleuten und Halbspännern gemeinsam. Nur diese nämlich hatten das Recht, den Hürdeschlag, d. h. den Schafdünger, der auf der Nachweide anfiel, zu beanspruchen.

Die Feldmark Hordorf umfaßte bei der Separation 639 ha. Bei ihrer Einleitung gab es hier 369 ha Fläche in 498 Stücken in Privatbesitz, danach 599 ha in nur noch 179 Stücken. Wie es den Vorschriften entsprach, waren am Dorf Neubaulplätze ausgewiesen, die in der Folge auch bebaut wurden. Auf dem Dorfplan wird deutlich, daß die meisten Höfe mehrere Gebäude besaßen. Einige Gemeinschaftsanlagen blieben vorschriftsmäßig erhalten, nämlich eine Lehm- und eine Sandgrube, die Schweineweide, die Flachsrotten und ein Feuerlöschteich.

Die Durchschnittskosten des Verfahrens und der Anlagen beliefen sich übrigens auf insgesamt 21 Mark je ha.

a. „Receß in Sachen die Specialtheilung der Feldmark Hordorf betreffend“, ausgefertigt 1855.
Halblederbd. 2°
Katasteramt Braunschweig
b. Flurplan mit der Besitzeinteilung nach der Separation, angefertigt von Geometer G. H. Breustedt 1849.
Maßstab: 1 : 4000
AfA
c. Plan vom Dorfe Hordorf, aufgenommen in Verbindung mit der Separation von Geometer G. H. Breustedt 1840/51 und 1855 von Landesökonomiekon-
dakteur A. Stalman.
kol. Handzeichnung Maßstab: 1 : 1500
AfA

112

Vertrag vom 2. 8. 1881 über die Ablösung der Pflug- und Eggedienste sowie der Mist- und Erntefuhren, die mehrere Acker- und Halbspännerhöfe an die Pfarre in Hordorf zu leisten hatten. Für ihre Leistungen hatten die Pflichtigen vom Inhaber der Pfarre eine genau festgelegte Beköstigung zu beanspruchen, darunter ein Mittagessen aus Suppe, Gemüse, Fleisch und Brot nebst Butter und dazu ein Quartier Hausbier.

Hs. 2°
NdsStWf: 91 Neu Fb. 3 Nr. 7666¹

113

Teilansicht des Hofes Schlüter ass. 18 in Hordorf um 1911, das Hauptgebäude des mitteldeutschen Gehöfts vereinigt den Wohnteil mit einem Teil der Ställe.

Archivfoto H 11 cm B 17 cm

114

Hof Schlüter ass. 18 in Hordorf 1947, die Änderung des Stallteiles gegenüber der Zeit um 1911 ist augenfällig.

Archivfoto H 13 cm B 18 cm

115

Erntearbeiten auf dem Hof Schlüter ass. 18 in Hordorf 1941, im Hintergrund ist die große, im 19. Jh. errichtete Scheune mit Stallteil zu erkennen.

Foto: E. Schlüter H 8,5 cm B 12,5 cm

116

Hof Schlüter, ass. 18 in Hordorf bei Braunschweig, zu dem damals ca. 15 ha Ländereien gehörten, um 1940. Die Teile der mitteldeutschen Hofanlage wurden nacheinander errichtet.

a. Grundriß der Hofanlage mit Angaben über die Nutzung der einzelnen Räume bzw. Gebäudeteile.
Originalmaßstab 1 : 125
Aufgenommen 1940 von Hofbesitzer Erich Schlüter.
b. Luftbild des Hofes und des Nachbarhofes. Nr. ass. 20.
Foto: 1984 H 18 cm B 24 cm
Freigegeb. durch Bez.-Reg. BS am 5. 11. 84 unter Nr. Brg. 5156/7

117

Hof Knigge ass. 13 in Hordorf, ehemaliger Halbspännerhof, zu dem 1915 ca. 25 ha Ländereien gehörten. Der Hof zeigt die typische mitteldeutsche Gehöftform.

Archivfoto von 1962 H 13 cm B 18 cm

118

Dorfteich von Hordorf um 1930, die Darstellung vermittelt einen Eindruck vom urwüchsigen Charakter der Anlage.

Archivfoto H 13 cm B 18 cm

119

Rohrverlegungen in Hordorf um 1946, nach dem Zweiten Weltkrieg war eine der vorrangigen Aufgaben innerhalb der gemeindlichen Selbstverwaltung die Schaffung zentraler Versorgungsanlagen für Wasser, Abwasser und Regenwasser. Zahlreiche Leistungen wurden, wie in unserem Beispiel in Eigenarbeit erbracht.

2 Fotos: E. Schlüter um 1946 H 12 cm B 11,5 cm

120

Schaubild über den Ablauf des Flurbereinigungsverfahrens Schandelah-Hordorf und Aufnahmen von landwirtschaftlichen Verbesserungsmaßnahmen.

Der Raum Schandelah-Hordorf galt wegen seiner extrem tonigen Böden, der schlechten Wege- und Vorflutverhält-

nisse und seiner ungünstigen Betriebsstruktur (überwiegend kleine Betriebe) als Problemgebiet. Bereits 1958 wurde von der örtlichen Landwirtschaft und den Berufsverbänden auf die Notwendigkeit von Strukturverbesserungsmaßnahmen hingewiesen. 1971 wurde das Verfahren von den Feldmarksgenossenschaften Schandelah und Hordorf beantragt und etwa ein Jahr später mit der praktischen Arbeit begonnen. 1984 erfolgte die vorläufige Besitzeinweisung. Jetzt hat noch die rechtliche Fixierung der neuen Eigentumsverhältnisse zu erfolgen.

Schaubild: AfA Fotos: E. Schlüter

121

Die 1971 begonnene Flurbereinigung in Schandelah-Hordorf war erforderlich zur Verbesserung der Standortverhältnisse, der Infrastruktur (Wege- und Gewässernetzausbau) und zur Zusammenlegung von unwirtschaftlichem und zersplittertem Grundbesitz. Im Rahmen der Flurbereinigung wurden auch Biotope angelegt und Dorferneuerungsmaßnahmen durchgeführt.

- a. Kartographische Darstellung des Besitzes von 11 Grundstückseigentümern zu Beginn der Flurbereinigung 1971
 - b. Kartographische Darstellung des Besitzstandes von 11 Grundstückseigentümern nach der vorläufigen Besitzeinweisung 1984
- Entwurf: AfA 1 : 10000

122

Detailaufnahmen von mehreren Feuchtbiotopen im Flurbereinigungsverfahren Schandelah-Hordorf. Die Bilder verdeutlichen die Bereicherung der Landschaft durch die Maßnahmen der Flurbereinigung.

Fotos: E. Schlüter; versch. Maße

123

Umgestaltung des Wolfswinkels bei Schandelah zu einem Feuchtbiotop und Erholungsgebiet im Rahmen der jüngsten Flurbereinigung. Im Zusammenhang damit ging das Grundeigentum an die politische Gemeinde über. Zuvor weitgehend als Ackerland und Weide von den privaten Ei-

gentümern genutzt, wurde das Gelände jetzt durch Anlegung von Teichen und durch Anpflanzungen und Wanderwege umgenutzt.

- a. Modell der Situation nach Herstellung des Feuchtbiotops, der gegliedert wird in einen östlichen Erholungs- und einen westlichen ökologischen Bereich.

Ausführung: Ländliche Erwachsenenbildung Schandelah-Hordorf
Maßstab 1 : 200

- b. Luftbilder des Wolfswinkels vor und nach der Umgestaltung.
H 50 cm B 70 cm

Freigegeb. durch Bez.-Reg. BS am 14. 5. 84 unter Nr. Brg. 5156/4/5

124

Aufnahmen von Dorferneuerungsmaßnahmen an landwirtschaftlichen Gebäuden in Hordorf und Schandelah. Große Hofscheunen, die unter den gewandelten landwirtschaftlichen Verhältnissen funktionslos leer standen und deren Bauunterhaltung problematisch war, wurden in mehreren Fällen nach Umbauten, die Rücksicht auf die alte Bausubstanz nahmen, zu Wohngebäuden umgenutzt.

Fotos: E. Schlüter H 8/21 cm B 11/28 cm

VIII. Geodätische Meßinstrumente

Die ältesten Vermessungsinstrumente waren Nachbildungen menschlicher Gliedmaße wie die Elle und der Fuß, die dann als Maßeinheiten auf Meßstangen aus verschiedenen Holzmaterialien und Meßketten übertragen wurden.

Die Meßkette, bestehend aus 50 cm langen Stahldrahtgliedern mit einer Länge von 5 Ruten wurde um 1530 erstmals angewendet. Sie ist nunmehr vom Meßband abgelöst worden.

Die Winkelmeßgeräte wurden aus der Astronomie übernommen. Für einfache Winkelmessungen wurde die Bussole, ein mit einer Zielvorrichtung versehener Kompaß, benutzt. Der erste Theodolit, ein genaueres Winkelmeßgerät, der in seinen Eigenschaften den heutigen entspricht, wurde 1730 vom englischen Mechaniker Sisson gebaut.

Der Meßtisch wurde bereits ab 1590 zum Aufmessen der Situation im Gelände und den Höhen verwendet, zunächst jedoch mit einem Diopterlineal und ab Ende des 18. Jahrhunderts mit der Kippregel.

Zur Höhenbestimmung von Punkten bediente man sich zunächst der Schlauchwaage. Nach der Erfindung der Röhrenlibelle wurde 1857 in Deutschland das erste Nivellierinstrument gebaut.

Alle Instrumente sind seither stark fortentwickelt worden bis zu den modernen elektronischen Winkel-, Streckenmeß- und automatischen Nivelliergeräten.

Bei der Generallandesvermessung im 18. Jahrhundert im Herzogtum Braunschweig wurde zur Winkelmessung die Bussole, zur Streckenmessung die Meßkette benutzt.

Die Karten wurden zunächst im Maßstab 1 : 2000 gefertigt und dann auf 1 : 4000 übertragen.

Bei der Separation im 19. Jahrhundert wurden in jeder Feldmark lineare Dreieckskonstruktionen angelegt, die die gesamte aufzumessende Fläche umschließen sollten und auf die die spezielle Aufmessung erfolgte. Die Linien wurden alle mit der Meßkette gemessen.

Die Ergebnisse der Messungen wurden in Grenzzeichnungen und Manualen niedergelegt und aufbewahrt, z. T. wurden sie dem Rezeß beigefügt. Die Kartierungen erfolgten im Maßstab 1 : 3000

125

Halbe Meßkette von 1850. 2½ Ruten (ca. 11,5 m) Länge. Früher anstelle des Rollbandmaßes zum Messen im Gelände benutzt.

Drahtkette
Bez.-Reg. Braunschweig

126

Rollbandmaß von 20 m Länge zur Längenmessung wegen seiner einfachen Handhabung besonders für Geländearbeit geeignet.

Stahlmaß in Abwickelspule
AfA

127

Nivellierlatte von 2 m Länge mit Zentimetereinteilung zum Messen von Höhenunterschieden bei Nivellements.

Holz
AfA

128

Fluchtstab von 2 m Länge zum Einfluchten von Meßlinien.

Holzstab mit 50-cm-Einteilung
AfA

129

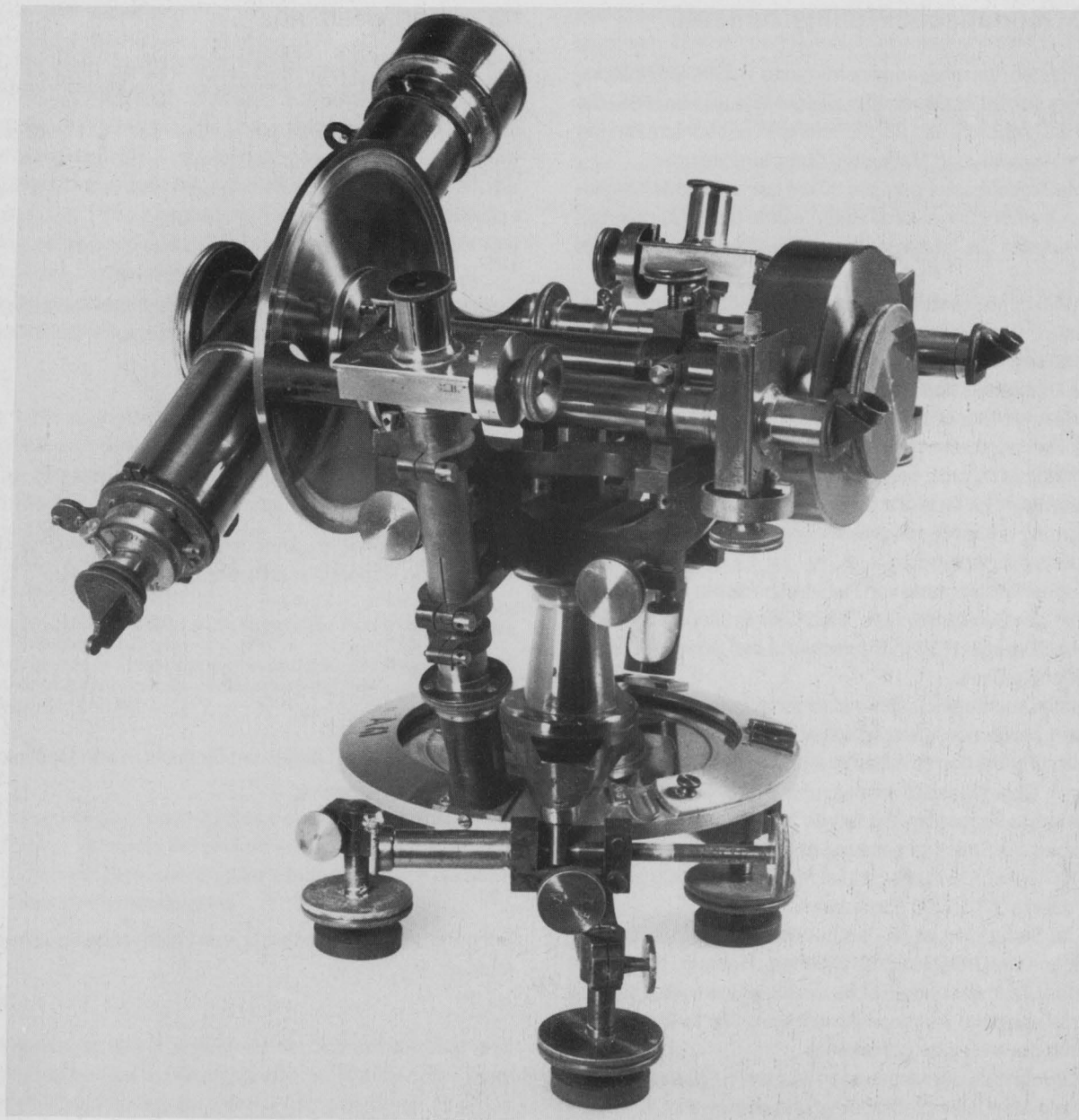
Schnurlot zur Lotrechtstellung von Fluchtstäben und Instrumenten.

AfA

130

Lattenrichter zum Ausrichten der Fluchtstäbe

AfA



131

Höhengefällmesser zur Höhenermittlung bei Wegetrassierungen

Gerät der Firma Breithaupt / Kassel um 1900

AfA

132

Planimeter zur Flächenermittlung auf Karten

Gerät der Fa. Breithaupt / Kassel um 1920

AfA

133

Kreuzvisier, Doppelprisma zum Absetzen von rechten Winkeln von einer Geraden, in Metalleinfassung

AfA

134

Kippregel, mit dem Gerät können Punkte im Gelände anvisiert werden und die Winkel und Strecken dazwischen und Höhen vor Ort auf dem Meßtisch eingetragen werden. So entsteht die fertige Karte im Gelände.

Gerät mit Zielfernrohr und Ziellineal. Marke Sartorius, um 1920
Geodät. Institut der TU Braunschweig.

135

Mikroskoptheodolit mit Höhenkreis und exzentrischem Fernrohr. Instrument zum genauen Messen von Horizontal- und von Vertikalwinkeln.

Gerät der Fa. Carl Bamberg, Berlin um 1890
Geodät. Institut der TU Braunschweig

IX. Bäuerliche Maße

137

Maß von $\frac{1}{2}$ braunschweigischer Rute aus Holz mit Eisen spitzen im Meßabstand zum Einstechen in den Boden. Auf Bauernhöfen verbreitetes Rutenmaß, benutzt zum Ausmessen etwa von Deputatland der Arbeiter.

Eine braunschweigische Rute entspricht ca. 4,65 m.

L ca. 4,75 cm

LMB: LMB 13144

138

Hohlmaße für Getreide und Abstreicher zum Ebnen der Oberfläche in den Maßen. Eichenholz mit Eisenbeschlag

a. Hoher Himten mit 3 Brandstempeln: Springendes Pferd, Stadttürme (Wappen von Celle?), „1843“.

H 34,5 cm D 37,5 cm

LMB: LMB 21692

b. Flacher Himten mit 3 Brandstempeln: zweimal steigender Löwe, einmal „1760“.

(Eichzeichen der Stadt Braunschweig)

H 17 cm D 54 cm

LMB: LMB 13085

c. Vierfaß, ohne Brandstempel

H 20 cm D 24,5 cm

LMB: LMB 15509

d. Metze, ohne Brandstempel

H 12,6 cm D 17,5 cm

LMB: LMB 15500

e. Abstreicher für das Ebnen der Oberfläche der Hohlmaße, unten gerades, oben geschweiftes Brett mit langovaler Grifföffnung. Auf dem Brett einmal, auf der Schmalseite dreimal Stempel des Eichamtes Braunschweig (springendes Pferd und „I“).

H ca. 10,5 cm L 50,5 cm

LMB: VM 3907

Der braunschweigische Himten ist ein vornehmlich für Getreide verwandtes Hohlmaß von ca. 31,5 l. Ein Himten enthält vier Vierfaß, ein solches aber 4 Metzen. 4 Himten bilden 1 Scheffel, 40 Himten 1 Wispel. Bei letzteren dürfte es sich um reine Zählmaße handeln. Entsprechende Maßgefäße sind bisher nicht bekannt geworden.

X. Grenzsteine

139

Zur Markierung der Grenzen dienten früher unbehauene und behauene Grenzsteine ohne unterirdische Vermarkung. Nunmehr werden Granit-, Beton- oder Kunststoffgrenzsteine verwendet. In dem Zeitraum zwischen 1930 und der Jetztzeit verwendete Grenzsteine.

H 80 L 10 B 10

AfA

Quellen- und Literaturhinweise

- Adreßbuch von Gütern und Höfen im Herzogtum Braunschweig. Braunschweig 1915.
- Adreßbuch von Gütern und Höfen im Freistaat Braunschweig. Braunschweig 1925.
- Bornstedt, W.: Geschichte des braunschw. Bauerntums. Denkmalpflege und Geschichte. H. 16. Braunschweig 1970.
- Buchholz, E. W.: Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriealters. Der Raum Braunschweig als Beispiel. Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte. Bd. 11. Stuttgart 1966.
- Deumlich, F. und M. Seyfert: Instrumentenkunde der Vermessungstechnik. 2. Aufl. Berlin 1963.
- C. F. Gauss und die Landesvermessung in Niedersachsen. Hrsg. Nds. Vermessungs- und Katasterverwaltung. Hannover 1955.
- Gesenius, C.: Das Meierrecht mit vorzüglicher Hinsicht auf den Wolfenbüttelschen Teil des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg. 2 Bde. Wolfenbüttel 1801/03.
- Hassel, G. und K. Bege: Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstentümer Wolfenbüttel und Blankenburg. 3 Bde. Braunschweig 1802ff.
- Kraatz, H.: Die Generallandesvermessung des Landes Braunschweig von 1746–1784. Forschungen zur niedersächsischen Landeskunde. Bd. 104. Göttingen-Hannover 1975.
- Lüderßen, R.: Die Befreiung und Mobilisierung des Grundbesitzes im Herzogtum Braunschweig. Braunschweig 1881.
- Oehr, G.: Ländliche Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im 16. Jh. Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens. Bd. 12. Hannover und Leipzig 1903.
- Pitz, E.: Landeskulturtechnik, Markscheide- und Vermessungswesen im Herzogtum Braunschweig bis zum Ende des 18. Jh. Göttingen (1967).

Saalfeld, D.: Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit. Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte. Bd. 6. Stuttgart 1960.

Storck, Ch.: Ackerzusammenlegung. In: Die Landwirtschaft und das Forstwesen im Herzogtum Braunschweig. Festgabe für die Mitglieder der 20. Versammlung deutscher Land- und Forstwirte. Braunschweig 1858. S. 245–275.

Venturini, C.: Bericht über die neue Vermessung und Verteilung der Hordorfer Feldmark durch freiwillige Übereinkunft der sämtlichen Gemeinde-Mitglieder. Ein Beitrag zur Geschichte der verbesserten Landwirtschaft im Herzogtume Braunschweig. In: Braunschw. Magazin Jg. 1815, Nr. 27.

Abkürzungen:

AfA	Amt für Agrarstruktur Braunschweig
Bez.-Reg. BS	Bezirksregierung Braunschweig
BsGVSlg	Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande bzw. Braunschweigische Gesetz- und Verordnungssammlung
GLV	General-Landes-Vermessung (1756–1786)
Hs.	Handschrift(lich)
Ifd	Institut für Denkmalpflege Hannover
Jh.	Jahrhundert
LMB	Braunschweigisches Landesmuseum
LÖK	Landesökonomiekommission
Nds	Niedersachsen
Nds. M. f.	Niedersächsischer Minister für . . .
NdsStWf	Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel
NLG	Niedersächsische Landgesellschaft
RUO	Reichsumlegungsordnung

Inhalt

Grußwort des Niedersächsischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Gerhard Glup	5
Zum Geleit	6
I. Bauer und Herrschaft	7
II. Die ländliche Sozialstruktur	10
III. Dorf und Flur im Braunschweigischen bis zur Separation im 19. Jh.	12
IV. Die Landesökonomiekommission, ihre Aufgaben und Organisation	16
V. Die Entwicklung der Behörde und deren Aufgaben seit dem ausgehenden 19. Jh.	23
VI. Traditionelles Bauen auf dem Lande	29
VII. Volzum und Hordorf bei Braunschweig als Beispiele für die Durchführung von Flurbereinigungen	37
VIII. Geodätische Meßinstrumente	45
IX. Bäuerliche Maße	47
X. Grenzsteine	48
Quellen- und Literaturhinweise	48
Abkürzungsverzeichnis	48

